

TEIL 1: TRÄGER POLITISCHER IDEEN

Der erste Teil der Veranstaltung befasst sich mit den Trägern politischer Ideen. Wichtigste Träger in der jüngeren Geschichte sind die politischen Parteien. Aber auch soziale Bewegungen sind - wenngleich in der Regel über eine kürzere Zeitdauer - wichtige Träger von (vielfach neuen) Ideen. Und schliesslich kommt den Medien heute eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, Ideen und Werte zu vermitteln. Dies kann in der Form eines Sprachrohrs für bestimmte politische Akteure geschehen, es kann aber auch, wenn man an den "emanzipatorischen" oder modernen Verlautbarungs-Journalismus denkt, einer eigenen Rationalität folgen.

Nicht zu den Trägern werden hier die Interessenverbände gezählt. Dies lässt sich damit rechtfertigen, dass bei den Verbänden primär die Wahrnehmung der ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder im Vordergrund steht. Berücksichtigt man jedoch, dass Gewerkschaften, Umwelt- und Wirtschaftsverbände über ihre Interessen herausreichende Ideologien vertreten, so könnten auch sie als Träger von Ideen betrachtet werden.

1 POLITISCHE PARTEIEN

1.1 EINLEITUNG

Die Literatur über politische Parteien ist riesig und kaum mehr überblickbar. Dennoch ist der Stand von Forschung und Theorie weitgehend unbefriedigend und teilweise widersprüchlich, was mitunter damit zusammenhängt, dass darüber, was Parteien sind und sein sollen, alles andere als Einigkeit besteht.

Wiesendahl (1980) hat eine Vielzahl von theoretischen Arbeiten über politische Parteien auf erkenntnisleitende Imperative paradigmatischen Denkens untersucht und **drei Parteiparadigmen** herausgearbeitet. Integrationsparadigma, Konkurrenzparadigma und Transmissionsparadigma nennt er die drei Forschungstraditionen, die die politischen Parteien jeweils in unterschiedliche Variablenkonstellationen einbinden und ihnen verschiedenartige Funktionen zuweisen. Jedes dieser drei Parteiparadigmen lässt sich auf spezifische normative Vorstellungen von Demokratie zurückführen.

Ausgangspunkt des **Integrationsparadigmas** ist entweder

- ein an Konsenssicherung und Konfliktvermeidung orientiertes Zielmodell stabiler Demokratie
- oder ein systemtheoretisch argumentierendes Systemüberlebensmodell von Demokratie, das seine Problemperspektive auf die funktionalen Erfordernisse der Bestands- und Funktionssicherung richtet (Wiesendahl 1980: 109).

Die politischen Parteien werden als Bindeglied zwischen dem politisch-administrativen System und der gesellschaftlichen Umwelt konzeptualisiert:

Auf der einen Seite regulieren die Parteien Konflikte, filtern und bündeln die Forderungen der Bürger an das System und präsentieren sie in systemfunktionaler Form. Auf der andern Seite vermitteln sie bindende politische Entscheidungen und stellen durch Mobilisierung und Sicherung von Massentrückhalt Systemanerkennung und Systemunterstützung sicher.

Die Parteien sind zuständig für Stabilität und Persistenz des (politischen und gesellschaftlichen) Systems und dienen der Erhaltung der bestehenden demokratischen Ordnung (Wiesendahl 1980: 146/147).

Das **Konkurrenzparadigma**, welches vor allem von den Anhängern der ökonomischen Theorie der Politik vertreten wird (Schumpeter 1950, Downs 1968), unterstellt der Demokratie ein Marktmodell und basiert auf der Vorstellung von einer demokratischen Eliteherrschaft.

Nicht Parteien als Ganzes, sondern utilitaristisch gesonnene, machtambitionierte Parteieliten stehen in Konkurrenz um einen grösstmöglichen Marktanteil auf dem Stimmenmarkt. In den Händen einer flexiblen Parteielite bietet die Partei gegen Geld oder Stimmen die Vertretung von Interessen an (Wiesendahl 1980: 147). Der Marktmechanismus sorgt dafür, dass jede der kompetitiven Parteien ein derart kundenfreundliches Produktangebot offeriert, dass Marktharmonie, kollektives Glück und allgemeine Wohlfahrt erzielt werden. Ausschlaggebend für die Parteien, wessen Interessen sie vertreten, sind marktstrategische Überlegungen.

Der Erhalt der demokratischen Ordnung ist aus dieser Perspektive nicht Ziel an sich, sondern lediglich ein Mittel zur Sicherstellung der unternehmerischen Gewinnmaximierung.

Nach den Vorstellungen der Anhänger des **Transmissionsparadigmas** schliesslich, welches seine normative Orientierung im basisdemokratischen Leitbild politischer Willensbildung findet, artikuliert die Partei die Bedürfnisse und Wünsche einer Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen und bringt sie unverfälscht in den politischen Entscheidungsprozess ein. Politische Institutionen und Prozesse haben dabei keine autonome Handlungs- und Entscheidungslegitimität, sondern sind strikt den Wünschen eines genuin souveränen Volkes oder dem Willen einer Klassenmehrheit unterworfen (Wiesendahl 1980: 148).

Der Begriff der "Politischen Partei" ist also eng mit dem Begriff der "Demokratie" verknüpft. Normative demokratiethoretische Vorstellungen schlagen sich in den theoretischen Ansätzen über Parteien nieder. Dies impliziert, dass es nicht zwangsläufig eine einzige richtige, sondern je nach normativem Standpunkt unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, was Parteien sind oder sein sollten, bzw. tun oder zu tun haben.

Der grosse Nutzen dieser Aufteilung der Parteienforschung in die drei Paradigmen liegt in der Darstellung der impliziten Grundannahmen der einzelnen Konzepte sowie in einer gewissen Orientierungshilfe bei der Durchsicht der verschiedensten wissenschaftlichen Arbeiten. In der Aufgliederung steckt ein analytisches Potential, welches es auszuschöpfen gilt, um der Vielgestaltigkeit des Phänomens besser Rechnung zu tragen. Jedes der drei Paradigmen hat seine Stärken und Schwächen.

1.2 DEFINITION VON POLITISCHEN PARTEIEN

Zahlreich sind die Definitionen, mit denen versucht wurde, das Wesentliche der politischen Parteien zu erfassen. Je nach theoretischer Herkunft und Erkenntnisinteresse werden dabei unterschiedliche Ansprüche an die Organisationsform, die Aktivitäten und die intendierten Ziele formuliert.

Eine Frage, die sich bei Definitionen ganz allgemein stellt, betrifft den Verwendungs- und Bestimmungszweck. Geht es lediglich darum, einen Untersuchungsgegenstand genau abzugrenzen und für eine empirische Untersuchung zugänglich zu machen, so stehen pragmatische Aspekte im Vordergrund. Wichtiger sind praktische Verwendbarkeit und Übereinstimmung mit dem Alltagssprachgebrauch. Oft genügt es, einige Kriterien aufzustellen, welche die zu untersuchenden Gruppierungen zu erfüllen haben (z.B. Parteien sind Organisationen, die an Wahlen teilnehmen). Verfolgt man mit der Definition theoretische Ziele oder strebt gar universelle Gültigkeit an, so muss versucht werden, das eigentliche Wesen der Parteien zu erfassen (z.B. Parteien sind Organisationen, die bestrebt sind, das Gemeinwohl zu steigern). Die Definition ist dann nicht mehr an klar bestimmbare Kriterien geknüpft, da diese zum Teil gar nicht erfüllt werden können (weil z.B. keine Wahlen stattfinden) und so dem Allgemeingültigkeitsanspruch nicht genügen. Die Definition verliert damit an Schärfe .

Bei vielen Definitions- oder Bestimmungsversuchen wird mehr oder weniger direkt auf die Rolle der politischen Parteien bei der Durchführung von Wahlen Rekurs genommen. Wiesendahl kritisiert zu Recht diese meist pragmatisch motivierte Verkürzung. Er meint, dass "(...) der Parteibegriff nicht unter den Operationalisierungszwängen empirischer Komparatistik um seine analytisch erforderliche Komplexität gebracht werden darf, weil sich sonst in der Tat konsequenterweise die Suche nach angemessenen Definitionsmerkmalen des Parteibegriffes in der Benennung eines einzigen Diskriminationskriteriums, der Wahlbeteiligung, erschöpft." (Wiesendahl 1980: 173).

Die über die Teilnahme an Wahlen auf den Erwerb von Macht fixierte Vorstellung von Parteien findet vor allem in denjenigen Staaten ihre Berechtigung, in denen die siegreiche Partei die Regierung stellt und die Verlierer-Partei in die Opposition verdrängt wird (USA, Grossbritannien, u.a.) und in denen neben den Wahlen kaum noch politische Partizipationsmöglichkeiten bestehen. In der Schweiz, wo eine Reihe weiterer Formen der politischen Einflussnahme zur Verfügung steht, ist eine solche Einseitigkeit weniger angemessen.

Bezeichnenderweise ist denn auch bei der von Gruner (1977) aus helvetischer Perspektive vorgeschlagenen Definition der politischen Partei der Machterwerb über die Teilnahme an Wahlen nicht ins Zentrum gestellt. Er definiert Parteien als

"(...) politische Organisationen, die Anhänger mit ähnlicher Gesinnung oder ähnlichen Interessen in ihren Reihen sammeln, um auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluss zu nehmen, sei's bei Wahlen, sei's bei Abstimmungen, sei's in der Mitwirkung bei der Meinungsbildung." (Gruner 1977: 12)

Damit vertritt Gruner einen transmissionsparadigmatischen Bestimmungsansatz. Er geht von der Vorstellung aus, dass Parteien in erster Linie programmbestimmte Mitgliedschaftsorganisationen sind, die mit der Partizipation von aktiven Bürgern die Vertretung und Durchsetzung der kollektiven Interessen ihrer Anhänger suchen.

Im Gegensatz dazu sind bei den Bestimmungsversuchen aus integrationsparadigmatischer Sicht die Parteien nicht in erster Linie dazu da, Interessen zu realisieren. Sie dienen der Integration unterschiedlicher Interessen, indem sie Konflikte absorbieren, regulieren und helfen, optimale Lösungen für anstehende Probleme zu finden, um den Fortbestand des Systems zu garantieren. Ihre Bestrebungen orientieren sich primär am Gemeinwohl und nicht an den Machtbedürfnissen ihrer Anhänger. In dieser Gemeinwohlorientierung liegt auch ihre Legitimation begründet. Ein Beispiel für eine Definition aus dieser Perspektive wäre etwa Burkes oft zitierte Aussage:

"A party is a body of men united, for promoting by their joint endeavours the national interest, upon some particular principle in which they are all agreed." (Burke zit. nach Sartori 1976: 9)

Die konkurrenzparadigmatische Sichtweise demgegenüber verzichtet darauf, das Streben der Parteien durch ein wie auch immer definiertes Gemeinwohl zu legitimieren. Sie versteht allerdings Parteien auch nicht als Gruppierungen, denen es darum geht, die Interessen eines bestimmten Teils der Bevölkerung möglichst effektiv zu vertreten. Innerhalb dieses Paradigmas sind Parteien lediglich eine Gruppe von machtambitionierten Personen, die durch Stimmenwerbung und Makelung von Interessen nach persönlichem und eigennützigem Machterwerb streben (Wiesendahl 1980: 184). Als Nebenprodukt der Bestrebungen der Parteieliten wird allenfalls ein bestmöglicher Wohlstand erreicht. Die prominenteste Parteidefinition, welche dieses Machtstreben beinhaltet, ist diejenige von Max Weber:

"Parteien sollen heissen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden." (Max Weber 1972: 167)

Definitionen schliessen nicht nur ein, sie schliessen immer auch aus. Je präziser eine Definition ist, desto exklusiver wird der definierte Begriff. Will man beispielsweise den vielen kleinen, zum Teil nur mit einer minimalen formalen Organisationsstruktur versehenen, mit geringer programmatischer und generalisierbarer Orientierung ausgestatteten und in ihrem Aktivitätsbereich stark eingeschränkten Parteien in den kleinen Gemeinden Rechnung tragen, so drängt es sich auf, die Parteien über ihre Teilnahme am politischen Prozess und nicht über ihre Organisationsform, ihre spezifischen Aktivitätsformen oder gar ihre politischen und gesellschaftlichen Funktionen zu definieren.

Das Beispiel einer solchen Definition liefert etwa Walter Burckhardt (1914) in seiner Studie über die Legitimität der politischen Parteien:

"Un parti politique est donc la réunion de personnes qui se donnent pour but le maintien ou le changement de l'ordre légal existant. Peu nous importe que cette réunion prenne la forme juridique d'une association ou qu'elle existe du seul fait d'une entente en vue d'une action." (Burckhardt (1914) zitiert nach Jost (1986: 232))

Der Preis einer derart weit gefassten Definition wird aber sofort klar, wenn wir nach Abgrenzungskriterien gegenüber anderen kollektiven, politischen Akteuren suchen. In dieser allgemeinen Form der Definition ist die heute geläufige und vor allem auf nationaler Ebene wichtige Unterscheidung zwischen politischen Parteien, Interessenverbänden und neuen sozialen Bewegungen kaum mehr möglich.

Eine klare Trennung zwischen Interessenverbänden und politischen Parteien ist allerdings erst neueren Datums. Von Beyme (1982: 22) hält fest und die zitierte Definition von Burckhardt liefert den Beweis dafür, dass bis ins 20. Jh. Parteien und Interessengruppen teilweise gleichgestellt worden sind.

1.3 FUNKTIONEN DER POLITISCHEN PARTEIEN

Die Leistungen, welche die politischen Parteien in der Gesellschaft erbringen bzw. die Aufgaben, die sie im politisch-administrativen System erfüllen, werden im allgemeinen als Funktionen bezeichnet. So zentral und plausibel die Frage nach den Funktionen der politischen Parteien zu erscheinen vermag, so schwierig und problematisch gestaltet sich ihre Beantwortung. Dies liegt vor allem an der uneinheitlichen Verwendung des **Funktionsbegriffes**:

- Von den einen wird er im Sinne von Leistung, Konsequenz und Auswirkungen definiert und angewandt,
- während andere darunter Aufgabe, Zweck, Ziel, Aktivität, Verhaltensmuster oder Handlungsweisen verstehen (Wiesendahl 1980: 186).

Zudem ist der Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Parteien ihre Leistungen erbringen oder ihre Aufgaben erfüllen, unterschiedlich.

Parteien können

- innerhalb eines Parteiensystems,
- innerhalb des politisch-administrativen Systems
- oder in ihrem gesellschaftlichen Umfeld

auf ihre Funktionen hin untersucht werden. Dabei gilt es klarzustellen, ob die Partei als abstraktes Gebilde, als Organisation einer politischen Elite oder als Vertreterin einer bestimmten Bevölkerungsgruppe Trägerin dieser Funktionen ist.

Vor allem für den an der Empirie orientierten Forscher kann sich die enge **Verknüpfung des Funktionsbegriffes mit systemtheoretischem und funktionalistischem Denken** als problematisch erweisen.

Der strukturell-funktionale Funktionsbegriff tendiert dazu, sich an apriorisch gesetzten Systemerhaltungsbedürfnissen des politischen Systems und schliesslich des Gesamtsystems zu orientieren. Nicht nur haftet einem solchen Funktionsbegriff damit ein gewisser "statisch und konservativer Beigeschmack" (Etzioni 1975: 103) an, sondern es gelingt ihm auch nicht, das

übergeordnete Zielproblem, die Erhaltung des Systems, hinreichend zu begründen und die dazu notwendigen, wenn auch nach bestimmten Regeln der Logik deduzierten, Funktionen präzise auszuformulieren und einer empirischen Überprüfung zugänglich zu machen (Wiesendahl 1980: 190). Es ist beispielsweise plausibel und zutreffend, den Parteien eine Legitimationsfunktion zuzuweisen. Wie man diesen Legitimationsbeitrag jedoch messen könnte, bleibt weitgehend offen.

Anders verhält es sich mit dem empirischen Bezug von Parteifunktionen, die als **Konsequenzen von faktisch ausgeübten Aktivitäten** gedeutet werden, da diese ihren Ausgang in tatsächlich durch Beobachtung zugänglicher Wirklichkeit nehmen. Dabei kann durchaus von variablen funktionalen Bezugsfeldern und darin angesiedelten Bezugsproblemen ausgegangen werden. Der Funktionsbegriff wird in diesem Falle aus seinem funktionalistischen Theoriekonzept gelöst und in erster Linie als heuristisches Analyseinstrument verwendet (Wiesendahl 1980: 191/192).

Trotz diesen Unklarheiten über seine Bedeutung und Verwendung erweist sich der Funktionsbegriff für die Analyse und für ein besseres Verständnis der politischen Parteien als fruchtbar. Ganz ähnlich wie bei der Definition der politischen Parteien gilt es aber auch hier, die Funktionszuweisungen auf implizite parteitheoretische und schliesslich normative Grundvoraussetzungen zu untersuchen. Dazu eignen sich wiederum die drei idealtypischen Parteiparadigmen von Wiesendahl (1980: 195ff.).

- Aus **integrationsparadigmatischer** Perspektive werden als entscheidende Leistungen und Aufgaben der Parteien Alternativenreduktion (Komplexitätsreduktion), Mobilisierung von Unterstützung fürs politische System, Prellbock- oder Pufferfunktionen, Integration, Legitimation und Innovation im Dienste der Stabilität genannt. Bezugsrahmen für die politischen Parteien ist dabei das politische System. Partikuläre Interessen gilt es zu integrieren und die Persistenz des Systems gefährdende Konflikte zu verhindern.
- Aus **konkurrenzparadigmatischer** Sicht erfüllt die Partei lediglich die beiden Funktionen Stimmenerwerb und Interessenmakelung. Damit bringen sie einerseits die Parteieliten ihrem Ziel des Machterwerbs näher und andererseits ermöglichen sie über den Konkurrenzmechanismus eine optimale Versorgung des politischen Gütermarktes (Wiesendahl 1980: 205). Bezugsrahmen für die konkurrenzparadigmatischen Parteifunktionen ist das Parteiensystem.
- Nach **transmissionsparadigmatischer** Vorstellung haben die Parteien im Bezugsrahmen des gesellschaftlichen Umfelds in erster Linie die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu vertreten. Die ihnen zugeschriebenen Funktionen sind Willensbildung, Mobilisierung, Organisation und die Vertretung von Interessen.

Innerhalb des Transmissionsparadigmas besteht eine Forschungsrichtung, die die politischen Organisationsgebilde der Parteien in den westlich-demokratischen Ländern als kapitalistische Systemerhaltungswerkzeuge zu erkennen glaubt (Wiesendahl 1980: 212). Eine solche Konzeption führt zu gewissen Parallelen mit den Vertretern des Integrationsparadigmas, die ihrerseits die Systemerhaltung als zentrale Funktionsleistung der Parteien hervorheben. Beide Paradigmen attestieren den Parteien also legitimatorische, integrierende, konfliktdämpfende und kon-

senssichernde Funktionsleistungen. Für die Integrationsparadigmatiker ist der Charakter einer derartigen Funktionsleistung durchwegs positiv zu bewerten, da Persistenz, Stabilität und ein einwandfreies Funktionieren des politischen Systems als erstrebenswert erachtet werden. Gelingt es den Parteien nicht mehr, diese Funktionsleistungen zu erbringen, so gerät das System in Gefahr. Für die Transmissionsparadigmatiker hingegen sind die "integrativen" Funktionen der Parteien mit einem negativen Vorzeichen behaftet, da sie vor allem dazu dienen, die nach den Imperativen des ökonomischen Systems optimalen gesellschaftlichen und politischen Kapitalverwertungsbedingungen sicherzustellen und den kapitalistischen Profitmechanismus vor seinen immanenten destruktiven Folgen zu schützen (Habermas 1973: 52f.). Hier ist es die Legitimationsleistung der politischen Parteien, welche schliesslich eine effektive Mobilisierung und Vertretung von Interessen verhindert. Aus dieser Sicht ist die latente Integrationsfunktion der Parteien dem gesellschaftlichen Wohle abträglich.

Von Interesse ist, wie die - von den einen angestrebte, von den anderen kritisierte - Legitimation des politischen Systems und damit auch der gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch die Parteien bewerkstelligt wird. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Wahlen (inkl. Rekrutierung, Selektion und Präsentation von Kandidaten). **Hauptträger des Wahlverfahrens** sind die politischen Parteien. Obwohl auch Wahlen je nach paradigmatischem Grundverständnis verschiedenartige Aufgaben erfüllen - für Integrationsparadigmatiker integrieren sie divergierende Interessen, während sie für Transmissionsparadigmatiker zur Durchsetzung bestimmter Interessen dienen -, kann der Legitimationscharakter der Wahlen aus beiden Perspektiven erfasst werden.

Auf die für die Erzeugung legitimer politischer Entscheidungsmacht grosse Bedeutung der politischen Verfahren im allgemeinen und des eigentlichen Wahlverfahrens im besonderen hat vor allem Luhmann (1983) aufmerksam gemacht. Seiner Ansicht nach ist es nicht das vorgegebene Ziel der Wahl, nämlich "die Besetzung der politisch entscheidenden Instanzen mit besonders befähigten Personen, die richtig, das heisst nach Massgabe des Volkswillens, entscheiden werden, die in diesem Sinne also wahr repräsentieren können" (Luhmann 1983: 13f.), welches zur Legitimation des politischen Systems beiträgt, sondern die Art und Weise, wie die Wahl durchgeführt wird. Dabei ist es vor allem wichtig, dass eine grosse Mehrheit der Beteiligten das Verfahren akzeptiert und die Spielregeln eingehalten werden ("Legitimation durch Verfahren"). Wie dieses Verfahren im Detail aussieht, ob beispielsweise nach dem Majorz- oder nach dem Proporzverfahren gewählt wird, ist weniger bedeutungsvoll. Die Wahl "(...) dient schliesslich der Absorption von Protesten. Eine ungewöhnlich hohe operative Autonomie des politischen Systems ist die Folge. Dass dessen Entscheidungen durchgehend Zustimmung finden, kann durch Veranstaltung von Wahlen allein kaum gewährleistet werden, aber ein durch Wahlen gebildetes politisches System kann so viele Alternativen erlangen, dass es sich in seinen selektiven Entscheidungsverfahren selbst legitimieren kann" (Luhmann 1983: 173).

Damit der Legitimationscharakter optimal zum Tragen kommt, muss das "dynamische Rekrutierungsverfahren Wahlen" folgende Aufgaben erfüllen bzw. Leistungen erbringen (Luhmann 1983: 159ff.):

- Es muss von anderen Rollenzusammenhängen abtrennbar und funktional spezifizierbar sein. Dies wird mit drei Prinzipien, nach denen freie politische Wahlen organisiert werden, erreicht: Allgemeinheit des Zugangs zur Rolle des Wählers für die gesamte Bevölke-

rung mit Ausnahme funktional begründbarer Einschränkungen, Gleichheit des Stimmgewichts und Geheimhaltung der Stimmabgabe.

- Es muss nach den Anforderungen der benötigten Komplexität Ungewissheit und Alternativen formieren und offen halten. Die Wahl als Verfahren zu institutionalisieren wird in dem Masse sinnvoll, als es gelingt, Gegensätze abzubilden und Konflikte zur Austragung zu bringen.
- Schliesslich muss es ein Regulativ für die Unterstützung und Kontrolle enthalten, das die Probleme, die aus der Komplexität entstehen, entscheidbar werden lässt. Es muss sich intern differenzieren und für die spezifischen Funktionen (Rekrutierung und Unterstützung) spezifische Institutionen bereitstellen.

Soziale Systeme neigen dazu, Unsicherheiten sofort abzubauen, da sie den längerfristigen Vorteil einer hohen Komplexität im Hinblick auf die Adaption an sich ändernde gesellschaftliche Voraussetzungen und die Konfliktregulierung nicht sehen.

Auch ein Mehrparteiensystem führt nicht zwangsläufig zu einer Differenzierung, sondern kann eine Angleichung der Strategien und Programmangebote zur Folge haben, so dass in Mehrparteiensystemen durch den Wahlmechanismus keinerlei Konflikte absorbiert werden und der Wahlausgang nahezu folgenlos bleibt, weil weder Personen noch Programme zu differenzieren vermögen (Luhmann 1983: 162).

Die Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz illustrieren diese Problematik. Den traditionellen Parteien - insbesondere den bürgerlichen Parteien (FDP, CVP und SVP) - wurde teilweise zum Vorwurf gemacht werden, dass sie sich unter Verzicht auf ein klares Profil im Rahmen der Konkordanzdemokratie auf einen modus vivendi geeinigt haben und sich durch Wahlabsprachen gegenüber potentiellen Herausforderern abschotten. Das Aufkommen neuer, programmatisch pointierterer Parteien (Grüne Parteien, Autopartei) sowie die Forderungen, die auf dem Nährboden neuer sozialer Bewegungen entstanden, machten auf diesen Verlust an Komplexität aufmerksam und stellten gleichzeitig einen für das politische System funktional-äquivalenten Ersatz dar. In jüngster Zeit haben SP und SVP die Forderungen ausserhalb des traditionellen Parteienspektrums teilweise aufgenommen und sich neu positioniert.

Eine weitere wichtige Funktion der Parteien, die sich ebenfalls aus der Luhmannschen Systemanalyse der Wahlen herleiten lässt, ist die **Trennung von politischen Machtansprüchen und direkten Interessen**. "Durch die Institution der politischen Wahl werden die Prozesse der Rekrutierung und der Gewährung bzw. Versagung politischer Unterstützung einerseits von denen der Interessendarstellung und andererseits von der Anmeldung von Forderungen getrennt - eine Einrichtung, die entscheidend zur Bildung autonomer legitimer Macht im politischen System beiträgt (vgl. Finanzierung der Zürcher SVP - Fall Holzreuter). Diese Absonderung der politischen Wahl von der unmittelbaren Interessendurchsetzung absorbiert Konflikte dadurch, dass in der Wahl zunächst nur Stellen und Kompetenzen, nicht aber zugleich auch Bedarfsbefriedigung, verteilt werden" (Luhmann 1983: 164). Die Verknüpfung zwischen Interessen und politischer Unterstützung bleibt zwar bestehen, "... sie durchläuft aber eine Reihe von Filtern mit dem Ergebnis, dass nur eine sehr abstrakte Kommunikation zustande kommt und die Gewählten nicht mehr an spezifische Interessen gebunden sind. Wohlgermerkt fehlt nicht nur die

rechtliche Bindung an ein 'imperatives Mandat', das eine korporative Organisation der Wählerschaft voraussetzen würde, sondern auch die Erkennbarkeit der konstituierenden Interessen" (Luhmann 1983: 165).

Es trifft zwar nicht zu, dass die Parteien, oder vielmehr deren Kandidaten, keine konkreten Interessen vertreten, durch den auf hochgeneralisierten Forderungen beruhenden Machtanspruch der Partei als Institution aber treten die (Privat-) Interessen der in ihr organisierten Personen in den Hintergrund bzw. werden verdeckt. In dieser formalen Loslösung des Machtanspruches von handfesten (z.B. wirtschaftlichen) Interessen kommt den Parteien eine unersetzbare Funktion zu. Es ist kaum anzunehmen, dass politische Macht direkt und mit Absicht wirtschaftlichen Interessengruppen zugesprochen würde. Die Vorstellung, dass jemand als Vertreter eines grossen Wirtschaftskonzerns vom Volk in ein wichtiges politische Amt gewählt wird, erscheint befremdend. Werden die Interessen aber mit dem Label einer politischen Partei versehen, so verschwinden die demokratiethoretischen Bedenken. Gewisse Parteien - vor allem auf lokaler Ebene - mögen diesbezüglich in einen Argumentationsnotstand geraten. Verzichteten sie auf das Hochhalten von generalisierten Forderungen und berufen sich auf das Betreiben reiner Sachpolitik, so lässt sich die Verknüpfung zwischen Machtanspruch und (persönlichen) Interessen weniger leicht verhehlen.

1.4 ENTSTEHUNG VON POLITISCHEN PARTEIEN

Wie ist es zur Herausbildung der politischen Parteien gekommen? Gemäss Beyme überwiegen in der Literatur drei theoretische Ansätze zur Erklärung der Entstehung von Parteien (vgl. Beyme 1984: 27 f., der sich in erster Linie auf LaPalombara/Weiner 1966: 7 ff. bezieht):

- **institutionelle Ansätze**, welche die Parteien aus der Entwicklung parlamentarischer Systeme und der ihnen zugrundeliegenden Wahlsysteme ableiteten;
- **historische Krisensituationstheorien**, die mit der Neuentstehung von Staaten oder dem Zusammenbruch von Verfassungssystemen operierten;
- **Modernisierungstheorien**, die weniger politische Faktoren als soziale und ökonomische Grundlagen der Parteienentstehung analysierten.

Zentrale Voraussetzung für die **institutionellen Ansätze** ist das Funktionieren der repräsentativen Institutionen. England und die USA standen dabei als Musterbeispiele im Vordergrund, weil sie eine hinreichende Kontinuität der repräsentativen Regierungsweise zu haben schienen und das Parlament eine eigenständige Rolle gegenüber der Regierung spielte.

Das Gegenbeispiel lieferte Frankreich. Hier fanden sich Ansätze zum parlamentarischen System in der Restauration und in der Julimonarchie. Die Parteien erreichten jedoch keine Kontinuität und Frankreich wurde so zum abweichenden Fall aller institutionellen Erklärungsversuche.

Eine parlamentarische Regierungsweise ist kein also hinreichender Grund für die Entstehung eines klar strukturierten Parteiensystems (Beyme 1984: 28). Auch das Wahlsystem trägt wenig zur Erklärung bei. Die Wahlsysteme Frankreichs waren so verschieden wie die Regime, die ihre Repräsentationsvorstellungen in ihnen zu fördern versuchten (Beyme 1984: 28).

In der Schweiz hatte demgegenüber das Wahlrecht einen grossen Einfluss auf die Konstituierung des nationalen Parteiensystems. Die ersten nationalen Proporzahlen 1919 führten zu einer massiven Veränderung der Kräfteverhältnisse. Die Radikalen (heute FDP) verloren 46 ihrer 104 Sitze. Zu den Gewinnern gehörten die Sozialdemokraten (SP) mit 41 Sitzen (+ 22 Sitze) und die Bauernpartei (SVP) mit 31 neuen Sitzen (vgl. Kriesi 1995: 142).

Wahlrechtserweiterungen erleichterten das Wachstum einiger Parteien, die als Protestgruppen gegen das System ausserhalb der Parlamente entstanden - vor allem der sozialistischen und christlichen Volksparteien. Aber institutionelle Änderungen im Bereich von parlamentarischen und wahlrechtlichen Prozessen konnten ihre Entstehung in der Regel nicht erschöpfend erklären (Beyme 1984: 31).

Krisentheorien betonen weit mehr als die institutionellen Theorien die ideologischen Antriebskräfte hinter der Entstehung von Parteien. Diese Theorien bewähren sich vor allem in kritischen Phasen der Parteiengeschichte. Beyme (1984: 31) nennt drei kritische Momente, die zur Entstehung von Parteien führten:

- a) Entstehung neuer Staaten (Belgien, Irland, Island)
- b) Legitimitätsbrüche aufgrund von dynastischen Rivalitäten (Frankreich und Spanien zu Beginn des 19. Jh.)
- c) Zusammenbrüche von parlamentarischen Demokratien durch die Machtübernahme faschistischer oder faschistoider Systeme.

Die **Modernisierungstheorien** versuchen die Entstehung von Parteien mit dem sozialen Wandel und den strukturellen und kulturellen Veränderungen zu erklären. Aber auch sie vermögen nicht alles zu erklären. Beyme (1984: 35) verweist etwa auf das Beispiel "Deutschland". Hier schien der Modernisierungsgrad nicht die entscheidende Variable zu sein: Obwohl Deutschland bezüglich Urbanisierung, Industrialisierung und Verbreitung allgemeiner Bildung weit voraus war, bestand lange Zeit ein unterentwickeltes Parteiensystem. Ebenso vermögen diese Theorien die Unterschiede zwischen Schweden und Norwegen nicht zu erklären. Obwohl beide Länder bis 1905 durch Personalunion verbunden waren, hatte Norwegen bereits 1814 ein modernes Parlament entwickelt, während die konservativen Schweden erst 1866 den alten Ständereichstag abschafften, und auch dann entstand ein vom Rest Europas abweichendes Parteiensystem (Beyme 1984: 35).

1.4.1 Entstehung der verschiedenen Parteien auf der Basis von Grundkonflikten

Wann, wie und warum überhaupt politische Parteien entstanden sind, ist das eine, etwas anderes ist es, nach Gründen und Umständen für die Herausbildung einzelner Parteien zu fragen. Der bekannteste und die politikwissenschaftliche Diskussion dominierende Ansatz stammt von Lipset und Rokkan (1967).

Das Lipset/Rokkan-Modell argumentiert historisch-soziologisch und sieht die **Konsolidierung nationaler Parteiensysteme** in Westeuropa als länderspezifische Ergebnisse des Zusammenwirkens der gravierenden Spaltungen ("cleavages") von Zentrum - Peripherie, Staat - Kirche, Landwirtschaft - Industrie und Eigentümer - Arbeiter in der Geschichte westeuropäischer Gesellschaften (vgl. Reif 1987: 156). In diesem Sinne kann dieser Erklärungsansatz, in der Terminologie von Beyme, den Modernisierungstheorien zugeordnet werden.

Ausgangspunkt sind die beiden grossen Revolutionen, welche die Entwicklung des modernen Europas geprägt haben: die nationale Revolution und die industrielle Revolution. Jede dieser Revolutionen hat zwei fundamentale Cleavages nach sich gezogen:

- Die nationale Revolution den Cleavage zwischen Zentrum und Peripherie und den Cleavage zwischen dem Nationalstaat und der Kirche,
- die industrielle Revolution den Cleavage zwischen den Landesbesitzern (Aristokratie, Bauern) und der Bourgeoisie und dem Cleavage zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Diese Entwicklung kann auch an vier konkreten Etappen verdeutlicht werden (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 47):

Cleavage	entscheidender Moment	Gegenstand der Auseinandersetzung	Parteien
Zentrum-Peripherie	Reformation-Gegenreformation: 16./17. Jh.	Nationale vs. supra-nationale Religion Nationalsprache vs. Latein	FDP-CVP
Staat - Kirche	Demokratische Revolution: 1789 und später	laizistische vs. kirchliche Kontrolle des öffentlichen Bildungswesens	FDP-CVP
Land-Industrie	Industrielle Revolution: 19. Jahrhundert	Preisbindung für agrarische Produkte; Kontrolle vs. freies Unternehmertum	FDP-SVP
Unternehmer-Arbeiter	Russische Revolution: 1917 und später	nationale Integration vs. internationale revolutionäre Bewegung	FDP-SP

Gemäss dieser Rekonstruktion der Entwicklung steht der Konflikt zwischen den Repräsentanten der zentralistischen Kräften und ihren Opponenten ganz am Anfang (Zentrum-Peripherie Cleavage). Die "zentrale Kultur" propagiert den Nationenstaat und sieht sich mit den peripheren, untergeordneten Bevölkerungskreisen konfrontiert. Diese Gegenüberstellung - so Kriesi (1994: 216) - täuscht allerdings ein wenig, da die Bildung von Nationalstaaten nicht nur durch die periphere Kultur in Frage gestellt wird, sondern auch durch die "internationale" Kultur der katholischen Kirche. Heute wie bereits bei ihrer Entstehung sind die Nationalstaaten herausgefordert durch regional, ethnisch und linguistisch motivierte Gruppierungen "von unten", sowie durch internationalistische Kräfte "von oben", welche ursprünglich nur durch einen einzigen Multinationalen, nämlich durch die katholische Kirche repräsentiert waren (vgl. Kriesi 1994: 216).

Der entscheidende Moment für die Herausbildung dieses Cleavage war gemäss Lipset/Rokkan die Zeit von Reformation und Gegenreformation im 16. und 17. Jh. Die politischen Auseinandersetzungen dieser beiden grossen Bewegungen waren kultureller Natur und betrafen die Religion (national od. supranational) und die Sprache ("vernaculaire" oder Latein). Die Frage ist allerdings, wie weit sich die Verknüpfung Nationalstaat - zentrale Kultur zurückverfolgen lässt. Das feudalistische System war wohl vielmehr territorial und weniger national orientiert. Hat sich der Nationalstaat nicht viel später herausgebildet?

Der Nationalstaat als politisch souveräner Staat, dessen Bevölkerung eine mehr oder weniger einheitliche, die grundlegenden kulturellen und ideologischen Gestaltungsprinzipien des politischen Lebens bestimmende Nation darstellt, entstand als Folge der politischen Umwälzungen in der Französischen Revolution und der Ablösung des feudal-aristokratisch-absolutistischen Staates durch sich selbst als souverän betrachtende Nation im 18. und 19. Jahrhundert. Motor dieser Entwicklung, die mit der politischen Entmachtung der die Nationen zerteilenden Fürstentümer einherging, waren die wirtschaftlichen Grossrauminteressen des Bürgertums (Hartfiel/Hillmann 1982: 530).

Der Zentrum-Peripherie-Konflikt und der Staat-Kirche Konflikt der Reformation haben das Grundmuster der nationalen Politik in der zweiten zentralen Phase der Herausbildung von Nationalstaaten, der "demokratischen Revolution", bestimmt (Kriesi 1994: 217). Gemäss der Interpretation von Rokkan stand in dieser Etappe wiederum der Nationalstaat der Kirche gegenüber und führte, je nach Ausgang des ersten Konfliktes zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Interessant ist bei der Betrachtungsweise von Lipset/Rokkan, respektive bei der Hervorhebung des Prozesse des "nation buildings", die implizierte Kausalität und die Dominanz der grossen "autopoetischen" Prozesse. Es stellt sich die Frage, warum es beispielsweise zur Herausbildung von Nationalstaaten gekommen ist. Ein ideengeschichtlicher Ansatz dürfte hier bessere Antworten liefern, insbesondere wenn der Ansatz Ideen nicht einfach sui generis, sondern als bedingt durch soziale und historische Gegebenheiten auffasst. Im Nord-Westen Europas, in Grossbritannien und in Skandinavien, hat sich beispielsweise der entstehende Nationalstaat mit der protestantischen Kirche versöhnt. Die Kirche stand der Bildung des Nationalstaates nicht feindlich gegenüber wie die katholische Kirche im Süden Europas.

Zentrales Element dieser zweiten Etappe des Konfliktes zwischen dem Nationalstaat und der Kirche war die Kontrolle über die öffentliche Bildung. Während in den protestantischen Ländern die nationale Kirche zum "verlängerte Arm" des Staates wurde, hat sich in Süd- und Zentraleuropa die katholische Kirche gestärkt durch die Gegenreformation und verbündet mit der Aristokratie als katholisch-konservative Kraft dem Nationalstaat und den Ideen der Französischen Revolution entgegengestellt (vgl. Kriesi 1994: 216.).

Die Bewegung zur Verteidigung der religiösen Vormachtstellung und Werten hat zur Herausbildung einer grossen Zahl von religiösen Organisationen geführt, die von Jugendgruppen und Vereinen bis zu konfessionellen Fernsehstationen führten (Kriesi 1994: 218). Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in den Niederlanden, wo sie unter dem Begriff "Versäulung" bis in die 1960er Jahre die Gesellschaft strukturierte und auch heute noch nicht verschwunden ist.

Während diese beiden ersten Cleavages die Beziehung zwischen Staat und Kirche betrafen und sich auf kulturelle Fragen bezogen, so beziehen sich die beiden anderen Cleavages auf das Verhältnis zwischen den Klassen und auf ihre Beziehung zu den Kräften, die die Herausbildung des Nationalstaates unterstützten (Kriesi 1994: 218).

Die industrielle Revolution führte zum Cleavage zwischen dem Land und der Stadt und konfrontierte die herkömmliche Produktionsweise (Aristokraten und Bauern) mit der neuen, industriellen Produktion (Bourgeoisie). Interessant hier, dass Rokkan keinen Unterschied zwischen Aristokraten und Bauern macht (Kriesi 1994: 219).

Rokkan - so Kriesi (1994: 219) weiter - beschränkt sich in erster Linie auf diese drei Cleavages, weil diese die Unterschiede zwischen den Parteiensystemen in Europa zu erklären vermögen. Was den letzten Cleavage angeht, denjenigen zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, so erklärt dieser vielmehr die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteiensystemen. Die russische Revolution hat nichtsdestotrotz die Linke in ein kommunistisches und in ein sozialdemokratisches Lager gespalten.

Lipset und Rokkan kommen zum Schluss, dass mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (meist nach dem Ersten Weltkrieg) die Herausbildungsprozesse abgeschlossen waren und seitdem in den meisten Fällen ein "Einfrieren" der Parteiensysteme beobachtet werden kann: "... the party systems of the 1960's reflect, with a few but significant exceptions (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien) the cleavage structures of the 1920's". Rose and Urwin (1970) unterstrichen diesen Befund für die Zeit von 1945 bis 1970 anhand einer komparativen Analyse der Wahlergebnisse in 15 Ländern.

Die Herausbildung von nationalistisch-fremdenfeindlichen Parteien auf der einen Seite und von grünen Parteien auf der anderen Seite sowie das Aufkommen von neuen sozialen Bewegungen haben die Lipset/Rokkan-These weitgehend widerlegt. In der Schweiz scheinen aber zur Zeit diese neuen Parteien und Strömungen von SVP und SP aufgenommen zu werden, so dass das Schweizer Parteiensystem wieder besser auf die "eingefrorenen" Cleavages zurückgeführt werden kann. Allerdings haben sich in der Zwischenzeit auch die Parteien verändert, so dass gefragt werden muss, ob sie heute überhaupt noch die ursprünglichen Konfliktdimensionen abbilden. Diese Frage wird uns immer wieder beschäftigen.

Lipset/Rokkan liefern eine Erklärung für die Entstehung der klassischen Parteifamilien, heute sind die Parteiensysteme jedoch in der Regel komplexer. Beyme (1984: 36) nennt in Form einer Erweiterung von Lipset/Rokkan eine für die meisten westlichen Demokratien brauchbare Typologie von Konflikten, welche die Entstehung der Parteiensysteme zu erklären vermag und die zugleich brauchbar ist als Typologie der ideologischen Familien von Parteien.

Schema der Ausdifferenzierung von Parteien (nach Beyme 1984: 36):

1. **Liberalismus** gegen das alte Regime -
2. - **Konservative**
3. **Arbeiterparteien** gegen das bürgerliche System
4. **Agrarparteien** gegen das industrielle System
5. **Regionale Parteien** gegen das zentralistische System
6. **Christliche Parteien** gegen das laizistische System
7. **Kommunistische Parteien** gegen den "Sozialdemokratismus"
8. **Faschistische Parteien** gegen demokratische Systeme
9. **Protestparteien des Kleinbürgertums** gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System (Poujadismus, Frankreich; Fortschrittspartei, Dänemark)
10. **Ökologische Bewegung** gegen die Wachstumsgesellschaft

Dieses von den Entwicklungstheorien mit ihrer Klassifikation der grossen Konflikte gewonnene Schema liesse ein Zehnparteiensystem für alle Länder vermuten, wenn sich überall, wo dieses Konflikte auftraten, entsprechende Parteien entwickelt und gehalten hätten. Tatsächlich gibt es in keinem Land ein Parteiensystem, das - werden faschistische und populistische Mindergruppen nicht mitgezählt, alle zehn Typen umfasst. Finnland kommt vielleicht einem Zehnparteiensystem am nächsten. Auch die Schweiz ist nicht allzu weit davon entfernt. Hierzulande fehlt eine faschistische Partei.

Das Zehnparteienschema erklärt, aufgrund welcher sozialen Konflikte bestimmte Parteien entstanden sind. Schwieriger ist es jedoch zu erklären, warum trotz der Existenz der Konflikte keine entsprechende Partei entsteht. Eine bekannte Frage dieser Art ist, warum es in den USA keine sozialistische Partei von Relevanz gibt. Oder weshalb gibt es im Elsass, wo viele Indikatoren für die Existenz einer ethnischen Sonderheit sprechen, keine regionale Partei?

Das Wahlsystem kann hier keine ausreichenden Erklärungen liefern. Proporzsysteme erleichtern zwar die Parteienzersplitterung, aber in Grossbritannien entstanden die ethnischen Parteien trotz Mehrheitswahlen. Auch der Föderalismus ist keine hinreichende Bedingung. Die Beteiligung an Regionalwahlen kann die Entstehung kleinerer Parteien erleichtern (BRD, Indien, Kanada). Aber auch föderalistische Staaten wie die USA, Australien oder Österreich haben nicht unbedingt eine Parteienproliferation.

1.4.2 Die Herausbildung der Schweizer Parteien

Die politischen Parteien begannen sich in der Schweiz gegen Mitte des 19. Jahrhunderts herauszubilden. Sie entstanden jedoch nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees wie in

anderen Ländern, sondern direkt als **Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes** (Gruner 1977: 25 ff.).

Geteilt sind die Ansichten darüber, wie die Parteigründungen **initiiert** worden sind. Gruner (1977: 25ff.) bezeichnet die Parteien als "**Kinder der Volksrechte**" und verweist auf die konstitutive oder gar ursächliche Wirkung des allgemeinen Wahlrechts und der ausgedehnten Volksrechte (Referendum). Der Kampf um direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und später Abstimmungskämpfe in verschiedenen Kantonen hatten eigentliche **Massenbewegungen** ausgelöst, aus denen sich die Parteien herausbildeten. In diesem Sinne würde es sich bei der Herausbildung um eine durch die Volksrechte in Gang gesetzte Basismobilisierung handeln, die direkt in Volks- oder Massenparteien mündete, wie sie anderswo erst viel später entstanden sind.

Belegt mit Fallstudien hält dem Jost (1986: 324) entgegen, dass die Parteien aus **bereits existierenden nicht-politischen Gesellschaften und den zahlreichen Zirkeln von Notabeln** hervorgegangen sind. Der eigentliche Auslöser kommt "von oben". Die Massenbewegungen sind lediglich momentane Eruptionen, provoziert und gesteuert durch eine politische Elite, welche sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts formiert hatte und mit den verschiedenen Gesellschaften und Zirkeln ein eigentliches Kommunikationssystem herauszubilden vermochte (Jost 1986: 324).

Tatsache ist, dass die Schweizer Parteien auf jeden Fall bereits relativ früh breitere Kreise der Bevölkerung zu erfassen vermochten.

Die Vorstellung, dass sich die politischen Parteien entlang bestimmter Konfliktstrukturen herausgebildet haben, lässt sich auch auf die Schweizer Parteien anwenden. Fagagnini lokalisiert für die Schweiz vier klassische Konfliktlinien, die das Parteiengefüge entscheidend beeinflussen haben (Fagagnini 1988: 124):

- der **Verfassungskonflikt**: liberale gegen konservative Staatsauffassungen;
- der **Staat-Kirche-Konflikt**, bei dem nochmals konservative, vor allem katholische Auffassungen im Kulturkampf auf liberale Opposition stiessen;
- der **soziale Konflikt**, der ein sozialistisches/sozialdemokratisches und ein bürgerliches Lager ausdifferenzierte;
- **regionale (Stadt-Land) Konflikte**, die insbesondere zur selbständigen Vertretung bürgerlicher Interessen führten.

Als damals neue, für das Parteiengefüge relevante Konfliktdimension könnte sich - so Fagagnini weiter - der **ökologische Konflikt** erweisen. Die Entstehung verschiedener grüner Parteien und die Herausbildung der Autopartei als direkten Antagonisten deuteten in diese Richtung. Fagagnini (1988: 125) hegte allerdings gewisse Zweifel an der strukturbildenden Kraft des Öko-Konfliktes. Seiner Meinung nach ist die Umwelt ein öffentliches Gut, an dem alle teilhaben und Schaden nehmen und welches somit nicht konfliktträchtig sein sollte.

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Auseinandersetzungen um ökologische Fragen wohl eher Ausdruck und weniger Ursachen einer Konfliktdimension sind, die im Paradigma der Lebens-

weisen (Raschke 1980), in der Konfrontation von Materialisten und Post-Materialisten (Inglehart 1977) oder von Modernismus und Anti-Modernismus (Brand 1982) ihre Begründung finden.

Es sind die Probleme im Bereich des „Paradigmas der Lebensweisen“, bei denen Gruner/Hertig (1983: 40) in den 1980er Jahren einen gewissen Funktionsverlust der traditionellen Parteien festzustellen glauben. Verschiedene Indikatoren führten zur Annahme, dass hinter dem Engagement für die Umwelt bestimmte Wertvorstellungen stecken, welche auf tiefergreifende Konfliktdimensionen schliessen lassen. Eine generelle Infragestellung der Mobilitätsansprüche (auch auf der Basis des öffentlichen Verkehrs) und das Hinterfragen bestandener Werte (Fortschritt, Wohlstand, usw.) sind nicht zwangsläufig mit Umweltschutzanliegen verbunden und deuten auf ein grundlegendes Kritikpotential hin. Ein zusätzliches Anzeichen für tiefer liegende Ursachen des „ökologischen Konfliktes“ konnte zudem in den Ansätzen zu einer Sammlung verschiedenster Strömungen aus der linken Hälfte des politischen Spektrums im grünen Bündnis (GBS) gefunden werden. Heute ist im Hinblick auf die strukturbildende Kraft des Umweltkonfliktes weniger zu spüren. Grosse Teile des "post-modernen" und ökologischen Potentials hat innerhalb der SP eine neue Heimat gefunden.

1.5 DAS SCHWEIZER PARTEIENSYSTEM²

Zwei Aspekte des Schweizer Parteiensystems gilt es - vor allem auch im internationalen Vergleich - besonders hervorzuheben: Es sind dies die Vielzahl von Parteien und die vergleichsweise grosse Stabilität, was die Kräfteverhältnisse anbelangt. Das Zusammentreffen dieser beiden Merkmale ist von grossem Interesse, weil die Parteienforschung vor dem Hintergrund der Erfahrungen Deutschlands in der Weimarer Republik, der Vierten Republik in Frankreich und Italiens in der Nachkriegszeit Mehrparteiensysteme im Gegensatz zu Zweiparteiensystemen vom Typ Grossbritanniens lange Zeit als tendenziell instabil betrachtet hat (vgl. Mair 1990: 18).

1.5.1 Vielzahl von Parteien

Charakteristisch für die Schweiz ist die grosse Zahl der Parteien. Anlässlich der Nationalratswahlen 1995 wurden mit FDP, CVP, SVP, SPS, LPS, CSP, GPS, GBS, LdU, EVP, PdA, FRAP, EDU, FPS, SD und Lega nicht weniger als 16 Parteien in den Nationalrat gewählt, 1999 waren es nach dem Ausscheiden von FRAP und FPS immerhin noch 14. Nach den ersten Proporzahlen 1919 waren es, abgesehen von den 7 Sitzen einiger Splittergruppen, lediglich die sechs Parteien FDP, CVP, SVP, SPS, LPS und EVP (vgl. Bundesamt für Statistik 1989: 89). Zu dieser "horizontalen Fragmentierung" gesellt sich zudem eine ausgeprägte Segmentierung auf der vertikalen Dimension, in den Kantonen und Gemeinden.

² Die folgenden Passagen beruhen auf Ladner, Andreas (1999). Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. in: Klöti, Ulrich et al. (Hrsg.) Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: NZZ. S. 213-260.

In den 26 Kantonen bestehen zur Zeit über 180 kantonale Parteien. Dabei handelt es sich zwar vorwiegend um Sektionen nationaler Parteien, sie operieren jedoch meist relativ unabhängig von ihrer Bundespartei und lassen sich teilweise nur schwer auf eine gemeinsame politische Linie verpflichten, was nicht selten zu Abstimmungsparolen führt, die von der Bundespartei abweichen. Die Analysen der nationalen Abstimmungen zwischen 1970 und 1987 von Hug (1994: 91) zeigen beispielsweise, dass es unter den vier Bundesratsparteien bei der SP am wenigsten oft zu umstrittenen Abstimmungsparolen kommt, welche die Kantonalparteien zur Herausgabe von abweichenden Parolen veranlassen und dass die kleineren Parteien geschlossener auftreten. Auch ist nicht für alle kantonalen Parteien die Politik auf nationaler Ebene gleichermaßen zugänglich und bedeutungsvoll. Zahlreiche von ihnen sind zwar einer nationalen Parteiorganisation angeschlossen, haben jedoch aufgrund ihrer Wählerstärke und der ihrem Kanton zustehenden Zahl an Sitzen kaum Aussichten, einen Sitz im Nationalrat zu gewinnen oder innerhalb der nationalen Partei anteilmässig eine wichtige Rolle zu spielen.

Auf Gemeindeebene bestehen zudem gegen 6000 lokale Parteiorganisationen (vgl. Ladner 1991: 132). Rund 70 Prozent sind Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien, knapp 15 Prozent sind Sektionen von anderen Parteien, die auch auf nationaler Ebene vertreten sind, und bei den restlichen 15 Prozent handelt es sich um Wähler- und Bürgervereinigungen, Orts- und Gemeindevereine, grün-alternative Gruppierungen und Parteien regionaler Bedeutung. Bei den überlokal organisierten Parteien gilt, analog zum Verhältnis Kantonalparteien-nationale Partei, dass die Beziehungen zur Kantonalpartei nicht allzu eng sind und dass sich die Gruppierungen keinesfalls lediglich als Filialen der Kantonalparteien verstehen.³

Ursächlich für diese grosse Fragmentierung und Segmentierung des Schweizer Parteiensystems sind strukturelle und kulturelle Charakteristiken des Landes sowie Eigenheiten des politischen Systems:

- Aufgrund der grossen sprachregionalen und konfessionellen sowie ganz allgemein sozialen und kulturellen **Heterogenität** ist ein ausdifferenziertes System von Parteien entstanden. Es kann als grosse Integrationsleistung gewertet werden, dass sich das Parteiensystem nicht noch zusätzlich entlang den sprachlichen Cleavages organisiert hat.⁴ Zwar vermochten die Parteien mit Ausnahme von FDP, CVP und SP nicht in gleichem Masse in allen Sprachregionen Fuss zu fassen, es gibt jedoch keine Parteiströmung, die organisatorisch etwa in eine französisch- und eine deutschsprachige Partei getrennt ist.⁵
- Die staatliche Dezentralisierung, insbesondere der **Föderalismus** und die **Gemeindeautonomie**, stärkt die Bedeutung und vergrössert die Verschiedenartigkeit der politischen Systeme auf subnationaler Ebene. Entsprechend haben sich in den Kantonen und Gemeinden eigenständige, den lokalen Verhältnissen Rechnung tragende Parteiensysteme herausgebildet.

³ Zum komplexen Verhältnis zwischen den Lokalsektionen und der Kantonalpartei vgl. Geser et al. (1994: 341 ff.).

⁴ In Belgien hat sich demgegenüber in den 1960er Jahren ein sprachlich segmentiertes Parteiensystem herausgebildet (Deschouwer 1994), und auch Kanada kennt eine sprachliche Segmentierung.

⁵ Etwas anders sieht es in den zweisprachigen Kantonen Freiburg, Wallis und auch Bern aus, wo es teilweise deutsch- und französischsprachige Sektionen von FDP, CVP und SP gibt.

- Für die Gestalt und Zusammensetzung des Parteiensystems von grosser Bedeutung ist weiter das Wahlsystem. Im Gegensatz zum Majorzverfahren garantiert das **Proporzwahlverfahren** nicht nur eine bessere Berücksichtigung der politischen Kräfteverhältnisse, sondern erhöht auch die Zugangschancen für kleinere Parteien und fördert damit die Entstehung neuer Parteien.⁶ Empirisch lässt sich der Einfluss des Wahlverfahrens auf die Zahl der politischen Gruppierungen vor allem auf Gemeindeebene belegen. In Gemeinden, in denen das Proporzwahlverfahren zu Anwendung kommt, sind in der Regel mehr politische Gruppierungen organisiert (vgl. Ladner 1991: 169 ff.).⁷
- Das System der **direkten Demokratie** hat viel zur frühen Herausbildung der politischen Parteien in der Schweiz beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff.). Heute noch fördert die direkte Demokratie vor allem die kleineren Parteien, sei es dadurch, dass sie direkt zur Formierung von neuen Parteien beiträgt, sei es dadurch, dass die Überlebenschancen kleinerer Parteien verbessert werden. Aber auch die grossen bürgerlichen Parteien sind mittlerweile dazu übergegangen, direktdemokratische Instrumente zu benützen.⁸

Die Zahl der Parteien alleine ist für das Ausmass der Fragmentierung eines Parteiensystems nicht besonders aussagekräftig, werden dabei doch Bedeutung und Stärke der einzelnen Parteien nicht berücksichtigt. Entscheidend ist die "**Zahl der Parteien, die zählen**" (Kriesi 1995: 133, Kerr 1987: 117). Gemäss Sartori (1976) hat eine Partei, die zählt, entweder eine Stellung, die es ihr erlaubt, in eine **Regierungskoalition aufgenommen** zu werden, oder sie ist zumindest ausreichend stark, um bei Regierungsentscheiden eine **Veto-Position** einnehmen zu können. Aufgrund des ersten Kriteriums zählen in der Schweiz die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS und SVP. Sartori ordnete seinerzeit auch noch den LdU wegen seiner relativen Stärke als Oppositionspartei den "zählenden" Parteien zu. Zeitweise konnten aufgrund der relativen Stärke als Oppositionspartei auch die Grünen und die Freipartei zu diesen Parteien gezählt werden. Der LdU gehört heute nicht mehr dazu.

Die Verhältnisse sind in der Schweiz jedoch komplizierter: In den **Kantonen und Gemeinden** ist eine ganze Reihe von anderen Parteien (z. B. LPS, LdU, EVP, GPS, PdA, SGA) stark genug, um einen Regierungssitz zu gewinnen. Darüber hinaus ermöglicht die **direkte Demokratie** auch kleinen und kleinsten Oppositionsparteien, eine Veto-Rolle zu spielen, respektive

⁶ Wie in zahlreichen Ländern Europas (vgl. Nohlen 1990: 247) wurde das Proporzwahlverfahren in der Schweiz 1919, nach dem ersten Weltkrieg, eingeführt. Auf kantonaler Ebene geschah dies teilweise schon wesentlich früher (vgl. Lutz et al. 1998).

⁷ Dieser Zusammenhang gilt jedoch vor allem für die kleineren Gemeinden, in grösseren Gemeinden sind genügend andere Faktoren (heterogenere Bevölkerungszusammensetzung, grössere Zahl an zu besetzenden politischen Ämtern, Gemeindeparlament, verstärkte Politisierung durch Medienöffentlichkeit) wirksam, welche die Herausbildung von Parteien fördern.

⁸ Die FDP reichte ihre erste im Alleingang realisierte Volksinitiative "für eine ehe- und familiengerechte Bundessteuer" 1987 ein. Die erste Initiative der SVP auf nationaler Ebene "gegen illegale Einwanderung" kam 1993 zustande. Allerdings dauerte es auch bei der GPS relativ lange, bis es zur Lancierung einer nationalen Initiative kam. Ihre "Tandem-Initiative" für eine flexibles Rentenalter ab 62 und Steuern auf nicht erneuerbarer Energie kam erst 1996 zustande.

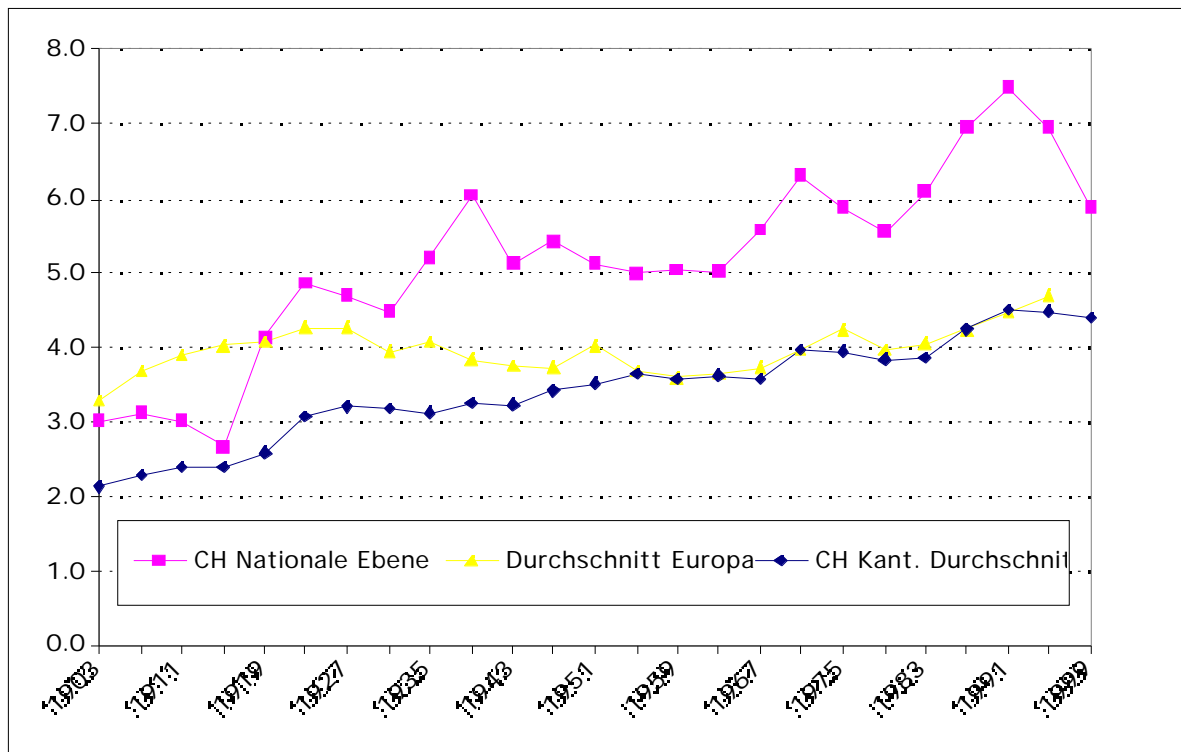
einen signifikanten Input ins politische System zu liefern, welcher ihren Wähleranteil bei weitem übersteigt.⁹

In international vergleichenden Studien wird zur Bestimmung der Zahl der Parteien der auf dem Rae-Index (Rae 1967: 53 ff.) basierende und von Laakso/Taagepera (1979) weiterentwickelte Index, "the effective number of parties" verwendet. Dieser Index berücksichtigt die Stärke der Parteien so, dass kleinere Parteien weniger ins Gewicht fallen. Der Blick über die Grenze zeigt, dass die Schweiz für die Zeit von 1948 bis 1995 mit einem Durchschnittswert von 5.9 zu den Ländern mit der grössten effektiven Zahl an Parteien gehört. Auf Werte unter 3 kommen für dieselbe Zeitspanne Deutschland, England, Oesterreich und Malta, sowie Australien, Neuseeland und die USA. Auf Werte über 5 kommen die Niederlande, Belgien, Frankreich, Finnland und die Schweiz. Höhere Werte als die Schweiz hat lediglich Belgien seit Beginn der 1980er Jahre.

Aus **Figur 1** geht hervor, dass sich in der Entwicklung der effektiven Zahl der Parteien durchaus Parallelen zu anderen europäischen Ländern ergeben. Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist geprägt durch einen ersten Anstieg, der etwa Mitte der 1960er Jahre einzusetzen beginnt, einen Rückgang in den 1970er Jahren und einen Wiederanstieg in den 1980er Jahren. Besonders auffallend für die Schweiz ist der starke Anstieg 1919, der auf die Einführung des Proporzwahlverfahrens zurückzuführen ist und die verhältnismässige starke Zunahme vor dem Zweiten Weltkrieg. Eine Abweichung von der internationalen Entwicklung findet sich schliesslich im markanten Rückgang seit den Nationalratswahlen 1991. 1995 betrug die Zahl der effektiven Parteien auf nationaler Ebene noch 5.9.

⁹ Den arbeitsfreien 1. August verdankt die Schweiz beispielsweise der erfolgreichen Initiative der Schweizer Demokraten (SD) im Jahr 1993

Figur 1: Entwicklung der effektive Zahl der Parteien seit 1919: Die Schweiz im europäischen Vergleich



Quelle: eigene Berechnungen aufgrund der Daten in Mackie/Rose 1991 und 1997 sowie im European Journal of Political Research, Vol. 30, Nos. 3-4. Der Mittelwert bezieht sich auf die Länder Belgien, Dänemark, BRD-Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.

Neben der Zahl der Parteien beinhaltet die nicht unumstrittene¹⁰, aber noch immer die Parteienforschung dominierende Typologie der Parteiensysteme von Sartori (1976) auch qualitative Kriterien. Es sind dies die ideologische Distanz zwischen den Parteien und die Frage, ob im Parteienwettbewerb die "politische Mitte" oder die "Extreme" angestrebt werden, d. h. ob eine zentrifugale oder eine zentripetale Wettbewerbsstruktur die Parteienkonkurrenz dominiert. Dieses Kriterium kann sich in seiner Anwendung als nicht unproblematisch erweisen. Der Parteienwettbewerb im Schweizer Mehrparteiensystem tendiert je nach Zeitpunkt und Partei in die Mitte oder zu den Extremen. Da jedoch starke Anti-System-Parteien fehlen, stellt das Schweizer Parteiensystem - zumindest auf nationaler Ebene - ein Beispiel für einen "moderaten Pluralismus" dar.¹¹

¹⁰ Für eine kritische Auseinandersetzung mit Sartoris Typologie vergleiche z. B. Reif (1984: 147 ff.), Gross/Siegelmann (1984: 478, Fn 1) und Ware (1996: 168 ff.)

¹¹ Unterschiedlich präsentiert sich demgegenüber die Situation in den Kantonen. Wo sich wie in den Inner-schweizer Kantonen UR, OW und NW in erster Linie CVP und FDP gegenüberstehen, dort ist der politische Raum relativ eng, dort, wo eine PdA oder eine grün-alternative Partei auf der einen und eine Freiheitspartei oder die Schweizer Demokraten auf der anderen Seite existieren, ist das politische Spektrum viel breiter. Kantone mit polarisierten Parteiensystemen sind GE, ZH, BE, BS, BL und NE.

Das Messen der "räumlichen Entfernungen" der Parteien innerhalb eines Parteiensystems ist sowohl methodisch wie auch empirisch anspruchsvoll. Abgesehen davon, dass der politische Raum in Realität mehrdimensional ist und sich nicht lediglich auf die Links-rechts-Dimension reduzieren lässt,¹² stellt sich auch die Frage, wo und auf welchem Niveau gemessen werden soll. Üblich sind Befragungen von Wählern (VOX-Analysen der Nationalratswahlen, Farago 1996, Hirter 2000) oder Mitgliedern und von Parteipolitikern (Sciarini et al. 1994) oder Experten (vgl. z. B. Huber/Inglehart 1995) sowie die Analyse von Wahl- und Parteiprogrammen (Brändle 1997, Klingemann 1995: 189 ff.). Die in der internationalen Parteienforschung gebräuchlichsten Masszahlen beschränken sich jedoch häufig auf die Links-rechts-Dimension, da diese trotz allem eine sehr gute Vereinfachung der politischen Differenzen liefert.

Tabelle 1 zeigt die Verortung der Schweizer Parteien auf den verschiedenen Ebenen und stellt Vergleiche zu internationalen Ergebnissen an. Auffallend ist dabei, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Rangfolge der Parteien auf der Links-rechts-Achse gewahrt bleibt. Von den Bundesratsparteien positioniert sich die SP klar auf der linken Seite, die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP auf der rechten Seite des Spektrums. Bemerkenswert ist weiter, dass die Distanz zwischen der SP und der ihr am stärksten nahestehenden Partei im bürgerlichen Lager deutlich grösser ist als die Distanz zwischen den Extremen im bürgerlichen Lager. In politischen Blöcken gesprochen ist die Struktur des Schweizer Parteiensystems klar bipolar.¹³

Weiter zeigt sich, dass die Wählerschaft eher in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist, während die Parteien in der Regel extremere Positionen einnehmen. So liegen etwa die bürgerlichen Parteien nach Einschätzung der Lokalparteipräsidenten auf allen drei Ebenen rechts von ihren Wählern, während die SP-Organisationen links von ihrer Wählerschaft eingestuft werden. Einzige Ausnahme im bürgerlichen Lager bilden die Selbsteinschätzungen der CVP-Kantonalparteipräsidenten. Es lässt sich vermuten, dass sich hier der programmatische Weg der CVP-Führung ins Zentrum widerspiegelt, während die Basis nach wie vor stärker nach rechts tendiert.

¹² Als Alternativen würden sich auch andere Dimensionen wie z. B. grün vs. anti-grün, Materialismus vs. Postmaterialismus, Gemeinschaft vs. Gesellschaft respektive die Einstellung zu konkreten politischen Sachfragen anbieten.

¹³ Dies widerspricht der These von der "neuen Tripolarität" des Schweizer Parteiensystems (vgl. Longchamp et al. 1995), die im Umfeld der Nationalratswahlen 1995 vorgebracht wurde.

Tabelle 1: Verschiedene Versuche der Links-rechts-Verortung der Schweizer Parteien und ein internationaler Vergleich

Einschätzung durch:	PdA	SP	GPS	LdU	EVP	CSP	CVP	FDP	SVP	LPS	SD	FPS
Lokalparteipräsidenten 1)												
eigene Lokalpartei	1.4	3.3	3.3	4.8	5.5	5.6	6.3	6.9	7.0	8.0		
eigene Kantonalpartei	1.3	3.2	3.5	4.9	5.2	6.0	6.5	7.2	7.3	8.2		
eigene nationale Partei	1.4	3.2	3.7	4.4	5.3	6.2	6.4	7.5	7.2	8.3		
Kantonalparteipräsident. 2)												
eigene Kantonalpartei	1.0	2.6	2.3	4.6	4.7		5.4	6.8	7.3	6.8	7.8	8.4
eigene nationale Partei	1.0	2.6	3.2	5.2	5.9		5.4	6.8	7.7	7.6	7.6	8.2
mittlere Parteikader 3)												
eigene nationale Partei		2.9	3.8				5.7	6.4	6.5	7.7		
Wähler/Anhänger												
Schweiz 1995 4a)		3.8	3.4				5.8	6.1	6.8	7.1		
Schweiz 1999 4b)		3.1					5.7	6.1	6.7			
internat. Vergleich 5)	2.8	4.2					6.6	6.1	7.0			
Wahlprogramme												
Schweiz 6)		4.3	4.2				5.5	6.1	7.0			
internat. Vergleich 7)	3.3	4.0					4.8	5.4	5.9			
Experten												
Schweiz 8)		2.6					4.4	6.0	6.3			

1) Lokalparteipräsidentenbefragung 1990 (vgl. Geser et al. 1994)

2) Kantonalparteipräsidentenbefragung 1997 (NF-Projekt Ladner/Brändle)

3) Untersuchung der mittleren Parteikader 1988 und 1989 (Sciarini et al. 1994: 110)

4a) Analyse der Nationalratswahlen 1995, Klöti (1998)

4b) Selects. Analyse der Nationalratswahlen 1999, Hirter (2000:23)

5) Klingemann (1995: 194); Zeitraum: 1970er und 1980er Jahre

6) Brändle (1997); Zeitraum: letzten 50 Jahre, eigene Berechnungen gemäss Klingemann (1995 Fn. 7)

7) Klingemann (1995: 189)

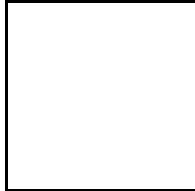
8) Huber/Inglehart (1995)

Was die Wahlprogramme anbelangt, so decken sich diese bei SP und FDP ziemlich genau mit der Einschätzung der Wählerschaft. Auch die CVP tendiert eher in die Mitte, so dass diesbezüglich von einem zentripetalen Wettbewerb gesprochen werden könnte. Die SVP versucht sich demgegenüber zentrifugal zu positionieren und liegt mit ihren Wahlprogrammen rechts von ihren Wählern. Auffallend im internationalen Vergleich ist schliesslich, dass sich die FDP-Wähler in der Schweiz rechts von den CVP-Wählern einstufen, während international gesehen

- gemäss Klingemann (1995: 194) - die Liberalen links von den Christdemokraten zu liegen kommen.

Was die **Polarisierung** des Schweizer Parteiensystems betrifft, so zeigen die von Lane/Ersson (1994: 185) berechneten Daten für die europäischen Länder, dass das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich polarisiert ist. Im Durchschnitt der 16 untersuchten europäischen Länder ergibt sich nach einer Phase des Rückgangs Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre eine kontinuierliche Zunahme der Polarisierung. Die Detailanalyse für die Schweiz macht aber auch deutlich, dass eine solche Analyse methodisch nicht ganz unproblematisch ist. Je nachdem, wie die politischen Parteien auf der Rechts-links-Achse verortet wurden, kommt es zu einem unterschiedlichen Verlauf der Kurve (vgl. **Figur 2**). Stützt man die Berechnungen auf die Einschätzung der Experten ab (Huber/Inglehart 1995), folgt nach einer Phase des Rückgangs seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Etablierung der Zauberformel ein markanter Anstieg Ende der 1960er Jahre. In der wirtschaftlichen Krisenzeit der 1970er Jahre geht die Polarisierung zurück, nimmt in den 1980er Jahre wieder zu, um sich dann mit dem Einsetzen einer erneuten wirtschaftlichen Krise zu stabilisieren. Weniger spektakulär ist der Verlauf der Kurve, wenn man sich auf die Links-rechts-Verortung der nationalen Parteien aus Sicht der lokalen Parteipräsidenten abstützt. Auch hier zeigt sich eine Zunahme der Polarisierung seit Mitte der 1960er Jahre, die jedoch seit Mitte der 1970er Jahre wieder abnimmt.

Figur 2: Polarisierung des Schweizer Parteiensystems

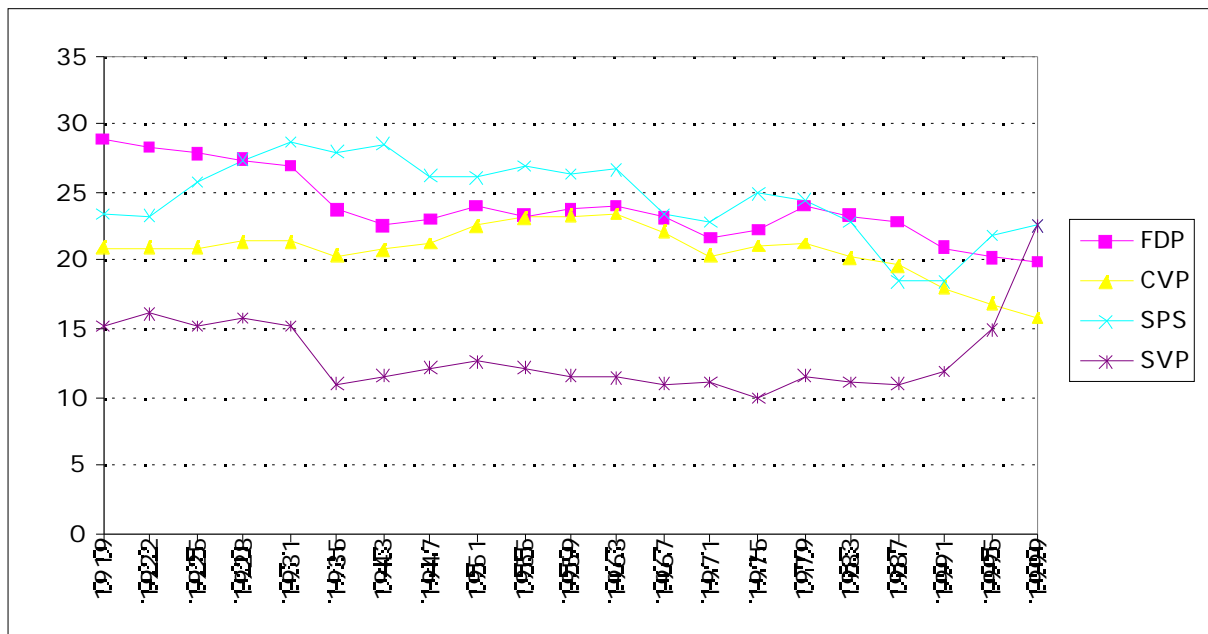


LP: Basis Links-rechts-Verortung der nationalen Partei aus Sicht der Lokalparteipräsidenten.
H/I: Basis Links-rechts-Verortung der Experten (Huber/Inglehart 1995).

1.5.2 Grosse Stabilität

Vor dem Hintergrund der Vielzahl an Parteien sind - zumindest bis ins Jahr 1995 - die ausgesprochen stabilen Wählerstimmen- und Sitzanteile der einzelnen Parteien erstaunlich. Die **Figur 3** zugrundeliegenden Zahlen zeigen, dass die Differenz zwischen dem besten und dem schlechtesten Ergebnis von SVP und CVP seit der Einführung des Proporzwahlsystems bis ins Jahr 1995 weniger als 7 Prozentpunkte beträgt. Bei der FDP liegt sie bei knapp 9 Punkten, und einzig die SP übersteigt die 10 Prozentmarke. Auffallend bei der FDP ist der markante Einbruch nach der Einführung der Proporzwahlen, der bis und mit 1939 anhielt. Auch bei der SVP fand der Rückgang auf gegen 10 Prozent in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg statt. Erst mit den 1991er und vor allem mit den 1995er Wahlen vermochte sie sich wieder auf 15 Prozent zu steigern. Auffallend bei der CVP ist, dass der Trend seit 1963 und in besonderem Masse seit 1979 klar nach unten zeigt. Die SP hat schliesslich mit der SVP gemein, dass sie seit den letzten Wahlen wieder zu den Gewinnern zählt. Auffallend bei ihr ist jedoch das Absinken unter die 25 Prozentmarke vor und unmittelbar nach den 1968er-Ereignissen sowie das Zurückfallen unter die 20 Prozentmarke in den relativ stark durch ökologische Fragen beeinflussten 1987er- und 1991er-Wahlen. Die 1999er Wahlen haben nun aber zu einer für Schweizer Verhältnisse dramatischen Verschiebung der Wählerstimmenanteile geführt. Die SVP wurde mit 22.6 Prozent zur stärksten und die CVP mit 15.8 Prozent zur schwächsten Partei.

Figur 3: Wählerstimmenanteile der Bundesratsparteien: Nationalratswahlen 1919-1999



Wenngleich die Stimmenanteile des "Regierungslagers" in der Zeit von 1919 bis 1991 von gegen 90 Prozent auf etwas über 70 Prozent abgesunken ist, so gibt es auch seit den 1960er Jahren keine weitere Partei, die sich aufgrund ihrer Wählerstimmenstärke als Bundesratspartei

aufgedrängt hätte.¹⁴ Mit den Nationalratswahlen 1999 ist der Wählerstimmenanteil der Bundesratsparteien wieder auf 80 Prozent angestiegen. Nach den Nationalratswahlen 1995 ist - abgesehen von den Stimmen, die eine Umwandlung des bestehenden Konkordanzsystems in ein wettbewerbsorientierteres Regierungsmodell fordern - kaum mehr die Rede davon, dass eine neue Partei in die Regierungsverantwortung einbezogen werden müsste. Diese Zahlen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einzelnen Kantonen die kleineren Parteien eine deutlich grössere Rolle spielen. Neu ist, dass seit 1999 die SVP, welche die CVP deutlich überholt hat, einen zweiten Sitz im Bundesrat fordert.

Verantwortlich für die grosse Stabilität ist das **Konkordanzprinzip**, welches mit seiner seit 1959 existierenden Zauberformel den grossen Parteien eine kontinuierliche Regierungsbeteiligung sichert und zu einer kartellartigen Blockierung des politischen Wettbewerbes geführt hat. Auch in zahlreichen Kantonen und Gemeinden haben sich teilweise schon viel früher solche Zauberformeln etabliert. Ein weiterer Grund dafür, dass es neben den Bundesratsparteien keiner Partei gelungen ist, sich in demselben Masse zu etablieren, dürfte in der fehlenden und nur mit sehr grossem Aufwand zu realisierenden **Verankerung in den Gemeinden** liegen (vgl. Ladner 1997). Lokalsektionen sind auf der einen Seite ein wertvolles Rekrutierungsfeld für die verschiedenen Aufgaben und Ämter auf höherer politischer Ebene, und auf der anderen Seite stellen sie wichtige Parteibindungen her. In jüngster Zeit machen sich diesbezüglich jedoch Erosionstendenzen bemerkbar: Die Zahl der Parteivertreter in den kommunalen Exekutiven geht zurück, und es entstehen vermehrt Bürger- und Wählervereinigungen (vgl. Ladner 1996).

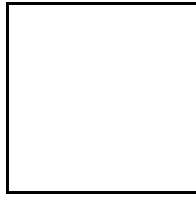
Die Stabilität eines Parteiensystems wird in international vergleichenden Studien mit der **aggregierten Volatilität** von Pedersen (1979) gemessen. Die aggregierte Volatilität misst die Verschiebung der Wählerstimmenanteile zwischen zwei Wahlgängen. **Figur 4** zeigt die Entwicklung der Volatilität auf nationaler Ebene seit den 1920er Jahren und erlaubt es, für die Nachkriegszeit einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern anzustellen.

Praktisch für alle europäischen Länder zeigt sich, wie der Zweite Weltkrieg das "normale" Gleichgewicht der Parteiensysteme durcheinandergebracht hat. Die Wähler mussten sich zuerst neu orientieren, was zu einer hohen Volatilität führte (Lane/Ersson 1994: 189). Die 1950er Jahre sind demgegenüber geprägt von festeren Parteibindungen. In den späteren 1960er Jahren steigt die Volatilität wieder an, und seither lösen sich Phasen mit starken und solche mit schwächeren Verschiebungen der Wählerstimmenanteile ab.¹⁵

¹⁴ Der **Landesring** kam 1967 mit 9.1 Prozent bis auf 1.9 Prozentpunkte an die SVP heran. 1971 wuchs die Differenz jedoch wieder auf 3.5 und 1975 auf 3.8 Prozentpunkte an. Heute liegt der Landesring unter der 2 Prozentgrenze. Die **Nationale Aktion** (3.2 Prozent) zusammen mit den **Republikanern** (4.3 Prozent) lagen 1971 3.6 und 1975 4.4 Prozentpunkte hinter der SVP zurück. In beiden Fällen schnitt der Landesring jedoch noch besser ab. Auch die **Grünen**, die nach den Wahlen 1991, an denen sie mit 6.1 Prozent bis auf 5.8 Prozentpunkte an die SVP herankamen, laut über einen Sitz im Bundesrat nachzudenken begannen, waren noch weit von der stimmenschwächsten Bundesratspartei entfernt. Der ehemaligen Autopartei und heutigen **Freiheitspartei** gelang es lediglich 1991 die 5 Prozentgrenze zu übersteigen.

¹⁵ Problematisch bei solchen Durchschnittswerten, wie sie hier für die europäischen Länder präsentiert werden, ist, dass nur die grossen Linien interpretiert werden können. Auch wenn in den einzelnen Ländern die gleichen Entwicklungen ablaufen (würden), so finden diese nicht gleichzeitig statt, so dass die Kurve "geglättet" wird.

Figur 4: Aggregierte Volatilität: Die Schweiz im europäischen Vergleich



L/E: Mittelwert berechnet für die bei Lane/Ersson (1994: 189) aufgeführten 16 Länder Österreich, Belgien, Dänemark, BRD, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz und Grossbritannien sowie eigene Berechnungen für die Wahlperiode 1990-1994.

CH: Für die Schweiz eigene Berechnungen aufgrund der Angaben des Bundesamts für Statistik.

Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit seit 1945 liegt in der Schweiz bei 5.4. Andere Länder mit sehr tiefer Volatilität sind Österreich, Schweden und Grossbritannien, Länder mit hoher Volatilität sind demgegenüber die "neuen Demokratien" Griechenland, Spanien und Portugal sowie Frankreich und Dänemark. Widerlegen lässt sich mit diesen Zahlen weiter die Vorstellung, dass in den letzten Jahren die politische Verhältnisse deutlich instabiler geworden sind als früher. Dies mag im Vergleich zu den "ruhigen" 1950er Jahren, die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, zutreffen, nicht aber für die Wahlen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁶ Eine grössere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Von der "Überfremdungsfrage", der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 1968er-Bewegungen profitieren die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äusseren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren beruhigt sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen und der Autopartei kommt es wieder zu einer Belebung. In den letzten 10 Jahren ist die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil geblieben.

1.5.3 Das Schweizer Parteiensystem im Wandel?

Das Schweizer Parteiensystem ist nicht nur ein Beispiel dafür, dass auch in Mehrparteiensystemen die politischen Verhältnisse stabil sein können, es kann - zumindest auf den ersten Blick - auch als Beleg für die von Lipset/Rokkan (1967) aufgestellte "Frozen Party System-These" angeführt werden. Lipset/Rokkan stellten in den 1960er Jahren fest, dass die westeuropäischen Parteiensystemen von wenigen, allerdings wichtigen Ausnahmen abgesehen, die

¹⁶ 1935 erlitten FDP (- 3.2 %) und SVP (- 4.3 %) grosse Verluste, während der LdU (+ 4.1 %), die Jungbauern (+ 3.1 %) und die Frontisten (+ 1.5 %) Gewinne erzielten. 1939 fanden in vielen Kantonen stille Wahlen statt, so dass die Stimmenverschiebungen mit einem "strukturellen Fehler" behaftet sind. Zu den Verlierern gehörten FDP (- 3 %), CVP (- 3.3 %) und SP (- 2.1 %), zu den Gewinnern SVP (+ 3.8 %) und LdU (+ 2.9 %). 1943 wurden, was die vier grossen Parteien anbelangt, die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kommen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (- 2.6 %). 1947 stehen Gewinne der neugegründeten PdA (+ 5.1 %) Verlusten bei SP (-2.4 %) und bei den Jungbauern (- 2.1 %) gegenüber.

zentralen Konfliktdimensionen bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu Beginn des Jahrhunderts abbilden.¹⁷

In der Schweiz hat sich im und ums Parteiensystem in der Zeit nach den 1960er Jahren einiges verändert. Den traditionellen Parteien ist Konkurrenz durch wiedererstarke (LdU) oder neue Parteien (NA, POCH, SAP, GPS, GBS und AP) erwachsen. Neue soziale Bewegungen (AKW-, Frauen-, Jugend-, Friedens- und Oekologie-Bewegung) betraten die politische Bühne, sorgten für beträchtliches Aufsehen und brachten mit ihren unkonventionellen Partizipationsformen eine gewisse Unruhe in die eingespielten politischen Verfahren. Neue Formen der Interessenwahrnehmung entstehen dann, wenn es den dominierenden Parteien nicht gelingt, die sich wandelnden Bedürfnisse und Ansprüche aufzunehmen. In den 1990er Jahren scheint es einem Teil der etablierten Parteien gelungen zu sein, die Forderungen der "oppositionellen" Gruppierungen zu integrieren und ihnen ihre existentielle Grundlage zu entziehen. Neue soziale Bewegungen und kleinere Parteien haben an Bedeutung verloren.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit von der über die Wahlerfolge bestimmte Stabilität auf eine allgemeine Stabilität des Parteiensystems und damit auf eine Stabilität der die Gesellschaft strukturierenden Konfliktlinien geschlossen werden kann. Wandel respektive Stabilität im Parteiensystem gilt es zu unterscheiden von Wandel und Stabilität auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler. Hier haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutliche Veränderungen stattgefunden, die der starre Blick auf das Parteiensystem nicht zu erkennen vermag. Zu denken ist etwa an die kritischere Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung den Parteien gegenüber sowie an die Lockerung fester, über die soziale Herkunft vermittelter Parteibindungen. Auch wenn diese Entwicklungen nicht unumstösslich sind, so dürften sie im Verhältnis zu den Veränderungen im Parteiensystem einen nachhaltigeren Charakter haben.

Ein weiterer Gedanke, den es hier anzufügen gilt, betrifft die Akteure selbst. Auch wenn sich Zahl und Bezeichnung der "politischen Spieler" über die Jahre hinweg kaum verändert haben, so heisst das noch lange nicht, dass die gleichen Leute am Tisch dasselbe Spiel spielen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die These von den eingefrorenen Parteiensystemen gilt es, sich mit den Parteien selbst, mit dem Wandel ihrer ideologischen Orientierungen und vor allem auch ihrer Organisationen zu befassen.

1.6 DIE SCHWEIZER PARTEIORGANISATIONEN

1.6.1 Die "schwachen" Schweizer Parteien

¹⁷ Dieser These wurde zwar von verschiedener Seite widersprochen. Als Argumente angeführt wurden dabei die Instabilität im Wählerverhalten (Dalton et al. 1984) und damit auch die Zunahme der Volatilität zu Beginn der 1970er Jahre (Pedersen 1979), die Erfolge neuer Parteien, allen voran der Grünen (Poguntke 1987, Müller-Rommel 1989) sowie andere Formen der Interessenvermittlung und -wahrnehmung (Lawson/Merkel 1988). Bartolini/Mair (1990) und Mair (1993) zeigen jedoch demgegenüber, dass die Volatilität seit den 1970er Jahren deutlich unter der Volatilität in der Zwischenkriegszeit liegt. Wenn man zudem nicht die einzelnen politischen Parteien, sondern politische Lager berücksichtigt, so lässt sich, zumindest für den "Block" der linken Parteien nicht nur eine grosse Stabilität, sondern gar ein leichter Rückgang der Volatilität feststellen.

Den politischen Parteien wird in der Schweiz im allgemeinen eine **schwache Stellung** attestiert (vgl. z.B. Rhinow 1986: 105, Longchamp 1994: 25, Rickenbacher 1995: 13). Angeführt als Belege werden die fehlende formale Anerkennung durch den Staat und die durch das Vernehmlassungsverfahren und die direkte Demokratie bedingte "Benachteiligung" gegenüber Interessenverbänden und sozialen Bewegungen. Erwähnt werden aber auch Aspekte, die die Organisation der Parteien betreffen. Insbesondere sind dies: der kleine, wenig professionalisierte Parteiapparat, die beschränkten finanziellen Ressourcen sowie die geringe Zentralisierung und fehlende parteiinterne Homogenität. Diese Merkmale lassen sich weitgehend durch charakteristische Eigenheiten der Schweiz und ihres politischen Systems erklären.

- Die **Kleinheit eines Landes** schmälert das Rekrutierungspotential und stellt, da zusätzlich mit einer grossen **sozialen und kulturellen Heterogenität** verknüpft, die Parteien vor grosse Integrationsprobleme. Teilweise bedingt durch die Kleinheit der politischen Systeme, aber auch als erklärter Bestandteil der politischen Kultur, schwächt auch das **Milizsystem** die Stellung der Parteien. Zwar entstehen durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und politischen Subsysteme durchaus auch Vorteile (Neidhart 1986: 42), ein grosser Teil der politischen Arbeit wird jedoch von „Feierabendpolitikern“ verrichtet und bleibt über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien können zudem ihren Mitgliedern häufig nur zu unbezahlten Milizämtern verhelfen, so dass Ämterpatronage den Parteien nur in beschränkter Masse zu einer gesteigerten Attraktivität verhilft.
- Auch der ausgeprägte **Föderalismus** erschwert die Herausbildung starker und zentralisierter nationaler Parteiorganisationen. Die Kantonalparteien sind im Vergleich dazu ungleich stärker (Fagagnini 1978, Hug 1994: 86, Neidhart 1986: 41, Seiler 1987: 119). Die Parteien finden sich je nach Kanton in unterschiedliche Parteisysteme und Kräftekonstellationen eingebunden und sind darüber hinaus nicht in allen Kantonen in denselben Segmenten der Bevölkerung verankert. Häufig ist man in der Schweiz deshalb versucht, nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen zu sprechen. Die nationalen Parteien sehen sich zu grossen Integrationsleistungen gezwungen und sind mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert. Allerdings erhöht der dezentralisierte Parteaufbau auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337) und ermöglicht breitere Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Bedarf können sich die Parteimitglieder stärker mit der nationalen Partei oder stärker mit ihrer allenfalls abweichenden Kantonalpartei identifizieren.
- Das System der **direkten Demokratie** hat zwar zur frühen Herausbildung der politischen Parteien in der Schweiz beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff.), heute - so die Lehrmeinung - schwächt die direkte Demokratie die Stellung der Parteien (vgl. Gruner 1984: 150). In Abstimmungskämpfen überflügeln finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien, und die Bedeutung der Wahlen ist relativ gering, da immer noch die Möglichkeit besteht, missliebige Entscheide an der Urne zu korrigieren. Neuere Studien zeigen jedoch, dass in Kantonen, in denen es häufig zu Initiativen und fakultativen Referenden kommt, die Parteien eher besser organisiert sind (Ladner/Brändle 1997). Parteien werden durch eine grössere Zahl von direktdemokratischen Vorlagen veranlasst, sich kontinuierlich politisch zu betätigen, und dies kann sich in einer professionelleren Organisationsstruktur niederschlagen. Allerdings greifen die Parteien vor

allem auch dort zu den Instrumenten der direkten Demokratie, wo sie über genügend organisationelle Ressourcen verfügen.

Die Schweizer Parteien sind rechtlich gesehen als Vereine organisiert, für die das Zivilgesetzbuch (ZGB) in den Artikeln 60-79 die Rahmenbedingungen umschreibt. Zweck, Mittel und Organisation sind in den Statuten geregelt. Die Parteiorganisationen passen sich, wenn es ihre Ressourcen erlauben, dem politischen System und insbesondere den Wahlkreisen an. Entsprechend finden sich Quartier- und Kreisparteien, Lokalparteien, die in der Regel eine, manchmal auch mehrere Gemeinden umfassen, Bezirksparteien, Kantonalparteien und nationale Parteien. Allerdings kennen nur die grossen Parteien eine derartige Ausdifferenzierung.

1.6.2 Die Schweizer Parteiorganisationen im Wandel

In der neueren Parteienforschung herrscht die Einsicht vor, dass für eine umfassende Analyse der Parteien, die auch die Veränderung über die Zeit miteinbezieht, die Parteien nicht als "homogene Gebilde" betrachtet werden können (vgl. Daalder/Mair 1983: 21 ff.). Katz und Mair (1993) unterscheiden beispielsweise "drei Gesichter" der politischen Parteien: die "party in public office", die in erster Linie die Mandatsträger umfasst, die "party on the ground", zu der die Mitglieder, aber auch Aktivisten, Geldgeber und Stammwähler gehören und die "party in central office", bestehend aus der nationalen Parteileitung und dem Sekretariat.

Unter den verschiedensten Autoren (Duverger 1959, Neumann 1956, Kirchheimer 1965, Epstein 1967) besteht weiter ein Konsens darüber, dass die Parteien im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungsstadien durchlaufen haben (Katz/Mair 1990: 5). Drei verschiedene Ausprägungsformen von politischen Parteien, die zu unterschiedlichen Zeitepochen gehören, werden in der Regel unterschieden: Bis etwa 1920 waren die Parteien vorwiegend "**Kader- oder Eliteparteien**". Mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien zwischen 1920 und 1960 entstanden die eigentlichen "**Massen-Mitgliederparteien**". Und seit 1960 hat eine Loslösung von der Mitgliederbasis eingesetzt, und es entstehen **professionalisierte Wählerparteien** (Panebianco 1988), die sich nicht den "grossen Ideologien" oder einem bestimmten Segment in der Bevölkerung verpflichtet fühlen, sondern vor allem dazu dienen, Wählerstimmen und Mandate zu gewinnen.¹⁸ Katz/Mair (1995) fügen den verschiedenen Entwicklungsstufen mit der "**cartel party**" einen weiteren Parteientyp an, der etwa in der Zeit nach 1970 auftaucht. Dieser neue Parteientyp ist näher an den Staat herangerückt und wird zu einem grossen Teil durch ihn subventioniert.¹⁹

1.6.2.1 Professionalisierung

¹⁸ Die "professional-electoral party" hat viele Gemeinsamkeiten mit der "catch-all party", sie basiert jedoch nicht auf der falschen Vorhersage von Kirchheimer, dass sich die westeuropäischen Parteiensysteme zu Zweiparteiensystemen entwickeln werden.

¹⁹ Ob es sich bei der "cartel party" effektiv um einen neuen "Entwicklungstyp" handelt, ist jedoch nicht unumstritten (vgl. Koole 1996).

Mitte der 1970er Jahre begannen die Parteien in den mittleren und grösseren Kantonen die Parteisekretariate zunehmend hauptamtlich zu besetzen (Fagagnini 1978:91). Unsere 1996/97 durchgeführten Erhebungen zeigen, dass die Parteien in den Kantonen über rund 90 Vollzeitstellen verfügen (vgl. **Tabelle 2**). Zählt man dazu noch gegen 50 Stellen bei den nationalen Parteiorganisationen, so kann total von 140 bis 150 Stellen ausgegangen werden. Seit den 1970er Jahren hat sich die Zahl der vollamtlichen Stellen im besten Falle verdoppelt. Wenn wir diese Zunahme mit der Entwicklung im Ausland vergleichen (vgl. Mair 1994: 5), so liegt sie unter dem Durchschnitt. Tiefere Zuwachsraten haben lediglich Grossbritannien und die Niederlande, die jedoch insgesamt ein höheres Professionalisierungsniveau aufweisen. Es ist zudem anzunehmen, dass diese Professionalisierung zu einem grossen Teil den administrativen Apparat der Parteien betrifft, so dass die effektive Professionalisierung der rein politischen Tätigkeit der Parteien noch tiefer liegt. Nach eigenen Aussagen geben rund 72 Prozent der Kantonalparteien in administrativen und 60 Prozent in programmatischen und inhaltlichen Belangen an, in den letzten 10 Jahren professioneller geworden zu sein. Dabei fällt auf, dass vor allem die beiden „Erfolgsparteien“ SP und SVP geltend machen, inhaltlich heute professioneller zu arbeiten.

Fagagninis Feststellung Mitte der 70er Jahre (Fagagnini 1978:91), dass die Parteien organisatorisch gesehen auf dem Milizsystem aufbauen, hat auch heute noch ihre Gültigkeit. Die Zahl der Personen, die sich professionell mit Politik befassen, ist nach wie vor sehr klein. Das Schwergewicht liegt bei den Verbandsvertretern und anderen Personen, die sich auch beruflich mit Fragen auseinandersetzen, die den politischen Entscheidungen zugrunde liegen. Diese sitzen in der Regel in den Parlamenten (vgl. dazu Wiesli 1998). Die Parteiorganisationen selbst beschäftigen nur eine kleine Zahl an politisch versierten Mitarbeitern.

1.6.2.2 *Finanzielle Ressourcen*

Was die Transparenz der finanziellen Ressourcen der Parteien anbelangt, so hat in den letzten Jahren ein kleiner Gesinnungswandel stattgefunden. Heute geben die Parteien relativ bereitwillig Auskunft über ihre Finanzen. Die Schweizer Parteien liegen - sowohl was die Höhe wie auch was die Zuwachsraten in den letzten Jahren anbelangt - im Vergleich mit den Parteien in anderen Ländern deutlich zurück. Ende der 1980er Jahre belief sich das Budget der vier Bundesratsparteien auf 5.6 Mio. Franken (1.7 Millionen für die SP, 1.6 Mio. für die CVP, 1.4 Mio. für die FDP und 0.9 Mio. für die SVP (vgl. Journal de Genève du 5 juillet 1989). Für das Jahr 1995 haben die vier Bundesratsparteien zusammen ein Budget von rund 9.2 Mio. Franken ausgewiesen (FDP: 2.1 Mio.; CVP, 2.1 Mio.; SP: 3.4 Mio. und SVP: 1.6 Mio.). Das ist noch immer deutlich weniger als z. B. Greenpeace jährlich an Spendeneinnahmen budgetiert. In den Niederlanden verfügten beispielsweise 1983 die drei grössten Parteien über ein 6 bis 10mal grösseres Budget als die Schweizer Parteien (vgl. Kriesi 1995: 150).

Tabelle 2: Vollzeitstellen der Schweizer Parteien: Nationale Parteien und Kantonalparteien*

Partei		1960	1970	1980	1990	1996/97
FDP	Schweiz	3.5	7.0	9.5	13.5	10.1
	Kantonalparteien	5 (7)	12.4 (11)	23.4 (15)	24.5 (18)	28.2 (22)
CVP	Schweiz	**	**	**	**	12.0
	Kantonalparteien	2.8 (2)	8.1 (7)	8.6 (11)	17.0 (16)	17.1 (17)
SVP	Schweiz	**	**	5.5	6.0	8.1
	Kantonalparteien	6.0 (4)	5.7 (5)	6.0 (5)	7.6 (6)	7.8 (8)
SP	Schweiz	**	**	**	**	7.9
	Kantonalparteien	3.9 (5)	5.8 (6)	10.1 (11)	19.1 (17)	21.9 (20)
and.	Schweiz	**	**	**	**	6.0
	Kantonalparteien	5.6 (5)	7.0 (7)	13.4 (11)	18.3 (20)	15.4 (18)
Total	Schweiz	**	**	**	**	38.1
	Kantonalparteien	23.3 (23)	39.0 (36)	61.5 (53)	86.5 (77)	90.4 (85)

* Die in dieser Tabelle aufgeführten Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, da die Parteien vielfach nicht in der Lage sind, genaue Angaben über die Professionalisierung in früheren Jahren zu machen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Zahlen insgesamt sowohl das Ausmass wie auch die zeitliche Entwicklung der Professionalisierung einigermaßen verlässlich wiedergeben.

In Klammern ist die Zahl der Kantonalparteien angegeben, welche Stellenprozente ausgewiesen haben. Fehlende Angaben, so kann diese bei den Kantonalparteien zwei Gründe haben. Anzunehmen ist, dass die Parteien dazumal keine Stellen hatten, möglich ist aber auch, dass die Zahl der Stellen nicht mehr zu eruieren war. Je grösser die Zahl, desto verlässlicher die Angaben.

In den Angaben teilweise nicht enthalten sind die Stellen für die Fraktionssekretariate. 1996/97 verfügte hier die FDP über 2, die CVP über eine und die SP über 4 Vollzeitstellen, während die SVP keine Trennung zwischen Partei- und Fraktionssekretariat macht.

** Angaben fehlen oder können nicht berechnet werden.

Woher kommt das Geld der Parteien? In der Literatur wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die SP praktisch vollständig aus Mitgliederbeiträgen finanziert, während die bürgerlichen Parteien in erster Linie von Spenden leben. Diese Feststellung wird durch unsere "Kantonalparteienuntersuchung" relativiert. **Tabelle 3** zeigt, dass die SP knapp die Hälfte ihrer Einnahmen durch Mitgliederbeiträge bestreitet, während dieser Anteil bei den bürgerlichen Parteien zwischen 30 und 45 Prozent liegt. Von grösserer Bedeutung bei der SP aber auch bei der CVP sind die Abgaben der Mandatsträger, während FDP und SVP etwas stärker durch Spenden finanziert werden. Insgesamt sind die Unterschiede allerdings deutlich geringer als erwartet. Sowohl was die geringen Differenzen wie auch was die parteispezifischen Präferenzen anbelangt, stimmen diese Ergebnisse mit den Verhältnissen auf der Ebene der Lokalparteien überein (vgl. Geser et al. 1994: 235 ff.).

Etwas anderes sieht es auf nationaler Ebene aus. Hier ist der Anteil der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen bei der SP mit gegen 60 Prozent deutlich höher als bei den anderen Bundesratsparteien, bei denen er lediglich bis zu 20 Prozent beträgt. Die drei bürgerlichen Parteien finanzieren sich auf nationaler Ebene zum grössten Teil aus Spenden, die ihnen Mitglieder respektive Nicht-Mitglieder, Unternehmen und Organisationen freiwillig zukommen lassen.

Es ist anzunehmen, dass sich in diesen Zahlen nur ein kleiner Teil der "Kosten der Politik" in der Schweiz widerspiegelt. Nicht erfasst sind beispielsweise die indirekten Zuwendungen an Wahl- und Abstimmungskampagnen, welche sich nicht in jedem Fall im "operativen Budget" der Parteiorganisationen niederschlagen. Würde man diese Gelder berücksichtigen, so kann vermutet werden, dass aufgrund ihrer besseren Kontakte zu finanzkräftigen Wirtschaftskreisen die bürgerlichen Parteien für ihre politische Arbeit im weiteren Sinne finanziell besser gestellt sind. Was die Parteiarbeit im engeren Sinne anbelangt, so steht die SP den anderen Parteien in nichts nach.

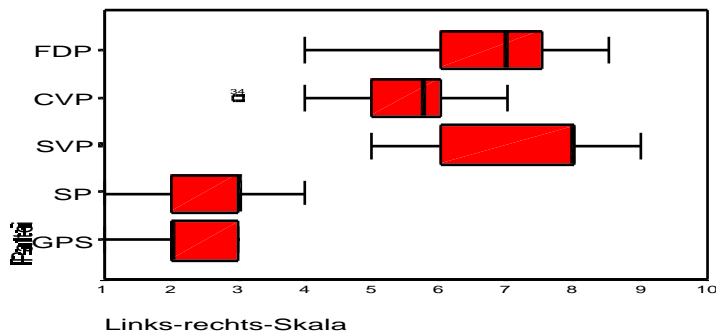
Tabelle 3: Finanzierung der Kantonalparteien (durchschnittlicher Prozentanteil der einzelnen Budgetposten)

	FDP	CVP	SVP	SP
Mitgliederbeiträge	38	31	44	48
Spenden	23	20	25	13
Mandatsabgaben	16	32	25	34
anderes	23	17	6	5
	100	100	100	100
N=	21	18	19	20

1.6.2.3 Die ideologische Orientierung

Die Parteien sind allerdings ideologisch keineswegs homogen. Die Orientierungen ihrer Kantonalparteien decken ein breiteres Spektrum ab. So schätzen sich die Bündner und Glarner SVP-Sektionen selbst als Mitte-Parteien ein, und die Berner SP positioniert sich weniger deutlich links als andere SP-Kantonalparteien. Zwischen den verschiedenen Parteien sind auch Überschneidungen möglich, ausgeprägt etwa bei CVP und FDP: Während sich in der Mehrheit der Kantone die CVP links von der FDP positioniert, deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass in den Kantonen Wallis und Nidwalden das Umgekehrte der Fall ist.

Figur 1: Die Kantonalparteien auf der Links-rechts-Achse



50 Prozent der Kantonalparteien liegen innerhalb des schraffierten Kastens. Je grösser der Kasten, desto heterogener die Partei. Die fette Linie innerhalb des Kastens bezeichnet den Median-Wert: d. h. die eine Hälfte der Kantonalparteien liegt darüber, die andere darunter. Die feinen Striche auf der linken und auf der rechten Seite eines Kastens geben die Extremwerte an.

Über den ideologischen Wandel ihrer Parteien befragt, lassen die Antworten aus den Parteipräsidenten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Auf nationaler wie auch auf kantonaler Ebene zeigt sich bei der SP ein Links-Rutsch und bei der SVP ein Rechts-Rutsch. Bei der CVP liegt hingegen eine Diskrepanz zwischen den beiden Ebenen vor. Der Links-Trend der nationalen Partei ins politische „Zentrum“ scheint in den Kantonalparteien nicht nur Nachahmer zu finden. Bei der FDP ist keine klare Entwicklung auszumachen.

Einstellungen zu politischen Sachfragen

In letzter Zeit wurden immer häufiger Stimmen laut, die das Ende der Konkordanz und eine Neuorganisation des bestehenden Parteiensystems prognostizieren. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien in konkreten politischen Fragen zeigen die Grenzen einer Neugruppierung der Kräfte auf. In der Kantonalparteien-Befragung konnten die Präsidentinnen und Präsidenten angeben, welcher Anteil ihre Mitglieder ausgewählten politischen Forderungen (Issues) zustimmen würde (vgl. **Tabelle**).

In der **Europa-Frage** sind die SP-Kantonalparteien geschlossen mit durchschnittlich mehr als 80 Prozent der Mitglieder für einen EU-Beitritt und die SVP-Kantonalparteien ebenso geschlossen und entschieden dagegen. CVP und FDP haben zwar ein leichtes Plus bei den Befürwortern, es finden sich jedoch in beiden Parteien eine beachtliche Zahl an ablehnenden und unentschiedenen Kantonalparteien.

Bei der **Verringerung der Sozialausgaben** kommt bei der SP ein klares Nein zum Ausdruck. SVP und FDP sind mit einem durchschnittlichen Prozentwert von rund 65 etwa gleichermassen dafür, während die CVP doch mit nahezu 70 Prozent dagegen ist. In diesem klassischen Themenbereich wird sowohl die Nähe zwischen SVP und FDP wie auch die Mittelposition der CVP deutlich. Allerdings zeigt sich für die CVP auch, dass sich rund ein Drittel der Kantonalparteien nicht mit gleicher Vehemenz gegen eine Verringerung der Sozialausgaben stellt. Dasselbe Bild ergibt sich bei der Frage der **Mutterschaftsversicherung**. Beide Bei-

spiele verdeutlichen, welche Schwierigkeiten eine allfällige neue Mitte bestehend aus CVP, FDP und liberalen Kreisen der SVP erwarten könnte.

Wenig Übereinstimmung zwischen SP und CVP findet sich bei Fragen wie etwa der **Fristenlösung**. Hier steht nun die FDP auf der Seite der SP. Allerdings verläuft auch bei den Freisinnigen diese Zustimmung nicht ohne Misstöne. In rund einem Drittel der FDP-Kantonalparteien ist sie alles andere als einstimmig. Bei der **kontrollierten Heroinabgabe** gesellt sich zu SP und FDP nun auch die CVP, während die SVP klar dagegen ist. Dies ergibt eine ähnliche Konstellation wie bei der EU-Frage. Aber auch hier gibt es FDP- und CVP-Kantonalparteien, welche von der offiziellen Parteilinie abweichen.

Je nach Themenbereich finden sich also andere politische Partner. Zusätzlich kompliziert wird die Bildung von Koalitionen durch die Heterogenität der Parteien auf kantonaler Ebene. Diese Ausgangslage dürfte eine Neustrukturierung des Parteiensystems auf der Basis von Fusionen verunmöglichen. Zu erwarten sind vielmehr zeitlich begrenzte Absprachen in ausgewählten Themenbereichen. Die Analysen zeigen aber auch, dass die "extremen" Parteien stärker geeint sind als die Parteien der Mitte. SP- und SVP-Kantonalparteien haben in ihren eigenen Reihen mit weniger Widerständen zu kämpfen als FDP und CVP.

Geschlossen zum Erfolg?

Nicht unumstritten ist die Frage, ob sich die parteiinterne Heterogenität im Wahlkampf wirklich negativ auswirkt. Betrachtet man den elektoralen Erfolgsausweis der Bundesratsparteien, so scheint dies in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen zu sein. FDP und CVP waren früher kaum homogener als heute, wie der Blick auf ihre Entstehung und Geschichte zeigt. Nationalratswahlen sind kantonale Wahlen. Ausschlaggebend für den Wahlerfolg ist die politische Orientierung der Kantonalpartei. Die parteiinternen Differenzen bieten zusätzliche Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Sachfrage kann man sich mit der konservativen Kantonalpartei oder mit der fortschrittlichen nationalen Partei identifizieren.

Für ein geschlossenes Auftreten spricht demgegenüber, dass eine Nationalisierung des Wahlkampfes stattgefunden hat. Die Führerschaft bei wichtigen Themen und geschicktes "event marketing" werden wichtiger und kennen keine Kantonsgrenzen. Die Parteien brauchen das Image der Erfolgreichen. Interne Geschlossenheit scheint erstes Gebot zu sein, Differenzen werden in den Medien genüsslich ausgeschlachtet und als Zeichen der Schwäche (miss-)interpretiert. Ob der Zwist zwischen dem Berner und dem Zürcher Flügel der SVP wirklich geschadet hat, ist unklar. Ihre Erfolgsgeschichte der letzten Jahre lässt das Gegenteil vermuten.

Tabelle 4: Zustimmung der Mitglieder in den Kantonalparteien zu ausgewählten politischen Fragen.

	Zustimmung der Mitglieder		Anteil Kantonalparteien	
	im Durchschnitt	klar dagegen	unentschieden	klar dafür
Pro EU-Beitritt				
FDP	58	22	39	39
CVP	53	41	18	41
SVP	14	94	6	0
SP	82	0	4	96
GPS	60	15	39	46
Pro Abbau Sozialausgaben				
FDP	66	13	35	52
CVP	32	68	27	5
SVP	65	19	19	63
SP	3	100	0	0
GPS	6	100	0	0
Pro Mutterschaftsversicherung				
FDP	30	73	18	9
CVP	61	27	27	46
SVP	21	94	0	6
SP	89	0	8	92
GPS	91	0	8	92
Pro kontrollierte Heroinabgabe				
FDP	57	17	44	39
CVP	55	27	18	55
SVP	18	83	17	0
SP	80	4	9	86
GPS	87	0	8	92
Pro Fristenlösung				
FDP	69	5	29	67
CVP	36	67	14	19
SVP	31	67	33	0
SP	84	0	0	100
GPS	89	0	0	100

Anmerkung: Die erste Kolonne bezeichnet den durchschnittlichen Anteil an Mitgliedern in den Kantonalparteien, die einer Forderung zustimmen. Beträgt der Anteil weniger als 40 Prozent, so ist die Kantonalpartei dagegen, liegt er zwischen 40 und 60 Prozent, so ist sie unentschieden und bei mehr als 60 Prozent ist sie dafür. Die Angaben basieren auf den Antworten von rund 90 Prozent aller Kantonalparteien.

Wichtig ist vor allem, wie mit ideologischen Differenzen umgegangen wird. Der parteiinterne Interessenausgleich ist eine zentrale Aufgabe der politischen Parteien. Festgelegte Verfahren, sofern von der Basis akzeptiert, sorgen bei umstrittenen Fragen für einen tragfähigen Entscheid. Dass es dabei Gewinner und Verlierer gibt, gehört zur (parteiinternen) Demokratie. Den Bürgerinnen und Bürgern ist schon lange klar, dass es auch in einer Partei auf Dauer nicht alle gleicher Meinung sein können.

1.6.2.4 Die Schweizer Parteien, ein Sonderfall?

Der gesellschaftliche Wandel seit den 1960er Jahren hat die Parteiorganisationen vor neue Herausforderungen gestellt und unterschiedliche Reaktionen provoziert. Mit mehr oder weniger Erfolg wurde von einzelnen Parteien versucht, das Mitgliederprinzip einzuführen, sich zu Volksparteien zu öffnen, die parteiinterne Demokratie zu fördern, Entscheidungsprozesse zu straffen und die Organisationsstrukturen professioneller und zentralisierter zu gestalten.

Bei allen Gemeinsamkeiten lässt sich jedoch kein einheitliches Entwicklungsmuster erkennen. Die Schweizer Parteien, vor allem wenn auch die Kantonalparteien berücksichtigt werden, decken praktisch das gesamte Spektrum der in der Literatur genannten Parteitypen ab. Noch heute gibt es - insbesondere in der Innerschweiz - Kantonalparteien, die wohl am besten als „Kaderparteien“ bezeichnet werden. Daneben bestehen auch Parteien wie beispielsweise die SP, die ganz klar auf dem Mitgliederprinzip aufbauen und solche, die sich - wie etwa der LdU oder mit Abstrichen bei der Professionalisierung die SD und die FPS - dem Modell der Wählerparteien annähern. Weiter gibt es auch Indizien dafür, dass die Schweizer Parteien ganz im Sinne der "cartel party" näher an den Staat herangerückt sind. Vor allem die in den letzten Jahren ausgebaute Finanzierung der Fraktionssekretariate hat zu einer Gewichtsverlagerung zur "party in public office" geführt.

Die grosse Herausforderung, die sich den Parteien heute im "Milizland Schweiz" stellt, ist das Erreichen einer politischer Professionalität in der konkreten politischen Arbeit und die Sicherstellung einer Verankerung in der Bevölkerung, die über das Schaffen von kurzfristigen Wählerbindungen hinausgeht. Während bei der Professionalität im Vergleich zu anderen Ländern durchaus ein Nachholbedarf besteht, so zeigen sich, was die Parteibindungen anbelangt, ähnliche Probleme wie in anderen Ländern.

1.7 DIE BASIS DER PARTEIEN

Wenn in den westeuropäischen Parteiensystemen ein allgemeines Entwicklungsmuster auszumachen ist, so ist es das Nachlassen der Parteibindungen. Allerdings bestehen grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und zwischen den verschiedenen Parteien (Schmitt/Holmberg 1995: 121). Empirische Erhebungen für die Schweiz zeigen, dass der Anteil derjenigen Personen, die sich einer Partei verbunden fühlen, zurückgeht (Longchamp 1994: 74). Während sich zu Beginn der 1980er Jahre nach einem Rückgang in den 1970er Jahren wieder gegen 50 Prozent der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, so waren es 1995 noch rund ein Drittel (vgl. Longchamp 1994: 21, Nabholz 1998). Mehr als die

Hälfte der Stimmberechtigten gaben 1995 an, dass sie sich mit keiner Partei identifizieren. Analog dazu hat auch die Zahl der Wechselwähler deutlich zugenommen, vor allem im Zeitraum 1971 bis 1987 (vgl. Nabholz 1998).

Bildhaft gesehen kann eine Partei als eine Reihe von konzentrischen Kreisen dargestellt werden. Im äussersten Kreis befinden sich die Wechselwähler, in den folgenden kleineren Kreisen die Stammwähler, gefolgt von den eigentlichen Sympathisanten oder Anhängern. Der nächst kleinere Kreis umfasst die Mitglieder, gefolgt von den Aktiven in der Partei, und im innersten Kreis befinden sich die Parteikader und die Mandatsträger. Wie weit wirken die an den Rändern der Partei gemessenen Entwicklungen auf die inneren Kreise? Gehen Wählerstimmenverluste beispielsweise einher mit einer Abnahme an Parteimitgliedern?

Die Abgrenzung zwischen den einzelnen Kreisen ist in Realität alles andere als unproblematisch. Was unterscheidet Stammwähler von Sympathisanten? Gehört ein Wähler, der in vier von fünf Wahlen dieselbe Partei wählt zu den Wechselwählern? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, dass jemand als Mitglied einer Partei bezeichnet werden kann? Hinzu kommt, dass je nach Partei die einzelnen Kategorien eine unterschiedliche Bedeutung haben. Ein Mitglied in einer kommunistischen Partei, welches einen Jahresbeitrag von nahezu einem Monatslohn bezahlt und praktisch wöchentlich an Sitzungen oder Veranstaltungen teilnimmt, kann nur sehr schwer mit einem Mitglied in einer bürgerlichen Partei verglichen werden, das eine eher symbolische Parteiabgabe entrichtet und lediglich an zwei, drei Jahresversammlungen teilnimmt.

Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Kosten und Nutzen der Parteimitgliedschaft (vgl. Scarrow 1994), und zwar sowohl auf Ebene der Mitglieder wie auch auf der Ebene der Parteiorganisation. Wird die Partei vorwiegend als Wählerstimmenmaximierer betrachtet, gibt es kaum Gründe, möglichst grosse Mitgliederzahlen anzustreben, da damit auch parteiinterne Entscheidungsprobleme verbunden sein können. Fasst man hingegen Parteien als Interessenvertreter auf, so kommt den Mitgliedern eine deutlich grössere Bedeutung zu.

1.7.1 Parteimitglieder

Nach idealtypischer Vorstellung haben sich mitgliederlose Elite- oder Honoratiorenparteien im Laufe der Zeit zu Mitgliederparteien gewandelt. Dabei hat sich das „Mitgliederprinzip“ von den sozialdemokratischen Parteien auf die anderen Parteien ausgebreitet („contagion from the left“). In neueren Parteytypen im Zeitalter der Mediatisierung der Politik und der Parteienverdrossenheit verlieren die Mitglieder demgegenüber wieder an Bedeutung.

In der Schweiz hat sich das Mitgliederprinzip relativ spät und vor allem nicht vollständig herausgebildet, wie die über weite Strecken erfolglosen Versuche seiner Einführung von FDP und CVP in den 1970er und 1990er Jahren belegen.²⁰ Eine mögliche Erklärung für die späte und nur teilweise Herausbildung der formalisierten Mitgliedschaft liefert die Parteipresse, welche

²⁰ Lediglich etwas mehr als 40 Prozent der CVP und knapp 60 Prozent der FDP Lokalsektionen kannten 1990 eine formalisierte Mitgliedschaft. Deutlich höher lag der Anteil bei der SVP mit rund drei Viertel und bei der SP mit klar mehr als 80 Prozent (vgl. Geser et al. 1994: 141).

bis Mitte der 1960er Jahre noch relativ bedeutungsvoll war. Die Parteien organisierten sich über ihr Presseorgan, die Leser verkörperten die Mitglieder und Sympathisanten, und es bestand kein Anlass, klare Kriterien für eine Mitgliedschaft zu formulieren und klare Organisationsstrukturen herauszubilden (Gruner 1964: 285 f.).

Gruner schätzte für die Zeit von 1963/67 den Mitgliederanteil an den effektiv Wählenden auf 38 Prozent. Nach seinen Erkenntnissen ist dieser Anteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechts auf die Hälfte gesunken: gemessen am Anteil der Stimmberechtigten betrug er in den 70er Jahren etwa 11 Prozent (Gruner 1977: 218), was rund 390'000 Parteimitgliedern entspricht. Damals sprach Gruner noch davon, dass der Organisationsgrad der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich sehr hoch sei. Folgt man den Angaben der Parteien selbst, so kommt man Mitte der 1990er Jahre wie bereits zu Zeiten von Gruner Mitte der 1970er Jahre auf rund 400'000 Parteimitglieder. Berücksichtigt man, dass in diesen 20 Jahren die Zahl der Stimmberechtigten um über 900'000 zugenommen hat, so weisen die Zahlen auf eine Abnahme des Parteimitgliederanteils hin. Ein solcher Rückgang der Parteimitgliedschaft wird auch durch neuere Umfrageergebnisse bestätigt. Gemäss den Erhebungen von Longchamp (1994: 22) hat sich der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten in der Zeit von 1983 bis 1994 von 18 auf 12 Prozent zurückgebildet.²¹ Die an den "Rändern der Parteien" sich abzeichnende Erosion der Parteibindungen macht sich also auch bei den Mitgliedern bemerkbar.

Was die absoluten Mitgliederzahlen anbelangt, so dürften die Schweizer Parteien in den letzten Jahrzehnten vor allem von einem Zuwachs bei den Frauen profitiert haben, welcher die Abgänge bei den Männern teilweise kompensiert. Eine grosse Zahl Lokalparteien und Kantonalparteien gibt denn auch an, dass die Zahl der Frauen unter den Mitgliedern in den letzten Jahren zugenommen hat, während bei den Männern eher Stagnation oder Rückgang vorherrscht (vgl. Geser et al. 1994: 65 ff.).

Verwendet man zur Bestimmung der Mitgliederzahlen einen eher restriktiven Mitgliederbegriff, welcher dort, wo aufgrund des fehlenden Mitgliederprinzips der umfassendere Begriff "Sympathisanten" verwendet wurde, Korrekturen vornimmt, so liegt der Parteimitgliederanteil an den Stimmberechtigten mit knapp 7 Prozent wesentlich tiefer. So gesehen haben die Schweizer Parteien 1997 lediglich rund 300'000 Mitglieder. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz damit etwa im Mittelfeld. In Deutschland, Holland und England haben die Parteien deutlich weniger Mitglieder, in Schweden und in Österreich deutlich mehr (Katz/Mair 1992: 334).

Mitgliederstärkste Partei ist auch nach diesen Berechnungen die FDP mit etwa 90'000 Mitgliedern, gefolgt von CVP und SVP (vgl. **Tabelle 4**). Die SP liegt mit rund 40'000 Mitgliedern deutlich hinter den anderen Bundesratsparteien zurück. Allerdings ist sie in der Auswahl ihrer Mitglieder selektiver und setzt ein grösseres finanzielles und persönliches Engagement voraus. Wir erinnern uns, dass die SP 1995 zur wählerstimmenstärksten Partei geworden ist. Auf der Ebene der Mitglieder kann sie demgegenüber (noch?) keinen solchen Anstieg verzeichnen. Dass Wählerstimmengewinne nicht mit sinkenden Mitgliederzahlen einhergehen müssen, zeigt

²¹ Die Prozentanteile liegen etwas zu hoch, da sich bei solchen Umfragen in der Regel die aktiveren und politisch interessierteren Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen.

das Beispiel der Zürcher SVP, welche neben den Stimmengewinnen auch einen deutlichen Anstieg ihrer Mitglieder vermeldet.

	korrigierte Zahlen aufgrund unserer Untersuchung	"offizielle" Angaben*
FDP	87'000	150'000
CVP	74'000	80'000
SVP	59'000	80'000
SPS	38'000	40'000
LdU	2'500	5'000
Grüne	6'000	8'200
EVP	3'500	4'000
Liberales Partei	10'000	15'000
Freiheitspartei	6'000	12'500
SD	2'000	6'000
Partei der Arbeit	2'000	4'000
EDU	2000	
Total Bundesratsparteien	258'000	350'000
Total andere Part.	37'000	54'700
Total alle Parteien	295'000	404'700

*Publiziert in Swiss Review 1994 und 1995

Auffallend ist schliesslich, dass in der Schweiz - trotz später Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene (1971) - der Anteil der Frauen bei den Parteimitgliedern auf rund 35 und bei den Parteiaktiven auf rund 30 Prozent angewachsen ist und damit in die Nähe der Skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden und Dänemark) rückt und Länder wie Deutschland und Italien mit rund 20 Prozent hinter sich lässt (Geser et al. 1994: 65).

1.7.2 Berufsstruktur der Aktiven

Was die Verankerung der Parteien in den verschiedenen Segmenten der Bevölkerung anbelangt, so ist die Datenlage in der Schweiz alles andere als befriedigend. Vor allem verhindert die von Erhebung zu Erhebung sich ändernde Bezeichnung der Berufsgruppen eine sorgfältige Analyse über mehrere Jahrzehnte.

Die Lokalparteien-Befragung (Geser et al. 1994) liefert Angaben über die Berufe von knapp 90'000 Parteiaktivisten. Sie zeigt, dass die Parteien auch 1990 noch immer in ihren ursprünglichen Bevölkerungssegmenten stärker verankert waren. Die SVP besticht durch ihren grossen Anteil an Bauern, die FDP durch ihre stärkere Vertretung bei den leitenden Angestellten und bei den Freiberuflern, die SP durch ihren Rückhalt bei den Arbeitern, Beamten und Rent-

nern. Die CVP als primär konfessionelle Partei zeigt demgegenüber eine grosse Ausgewogenheit (vgl. **Tabelle 5**). Die grössten Gruppen unter den Aktiven in den Parteien stellen die Hausfrauen und die Angestellten mit je rund 16 Prozent. Mit je rund 10 Prozent folgen dahinter die Bauern, die Gewerbetreibenden, die leitenden Angestellten und die Rentner.

Die Schweizer Parteien teilweise durch ihren Namen oder zumindest in ihren Selbstdarstellungen darauf aufmerksam machen, dass sich unter ihren Wählern und Mitgliedern Vertreter sämtlicher Bevölkerungsgruppen finden und dass sie eigentliche Volksparteien sind, ist nicht zu erwarten, dass sie einen repräsentativen Querschnitt durch die Bevölkerung darstellen. Die Partizipationsforschung hat hinreichend bewiesen, dass die weniger Privilegierten politisch weniger aktiv sind.

1.8 SCHUSSFOLGERUNG UND AUSBLICK

Nach diesen grundlegenden Gedanken zu den politischen Parteien, ihren Funktionen und ihrer Herausbildung im allgemeinen, sowie zu den Schweizer Parteien im speziellen ist ein kurzer Rückblick angebracht.

Wir haben verschiedene und teilweise widersprüchliche Erklärungsansätze und theoretische Vorstellungen kennen gelernt.

- In der Parteienforschung lassen sich drei verschiedene Paradigmen unterscheiden. Je nach dem ob jemand dem Konkurrenz-, Integrations- oder Transmissionsparadigma nahe steht, kommt er/sie zu unterschiedlichen Ansichten darüber, was politische Parteien sind und tun sollten.
- Verschiedene Theorieansätze versuchen die Entstehung und Herausbildung der politischen Parteien zu erklären (Institutionelle Ansätze, Krisentheorien, Modernisierungstheorien). Lipset/Rokkan kommen mit ihrem historisch-soziologischen Ansatz zum Schluss, dass sich die meisten Parteiensysteme auf vier grundlegende Cleavages (Zentrum - Peripherie, Staat - Kirche, Landwirtschaft - Industrie und Eigentümer - Arbeiter) zurückführen lassen.
- Parteiensystem und Parteien in der Schweiz weisen verschiedene charakteristische Merkmale (Mehrparteiensystem, grosse Stabilität, starke Verbreitung auf lokaler Ebene, schwache nationale Parteiorganisationen) auf, die sich mehr oder weniger mit bestimmten Eigenheiten des politischen Systems erklären lassen (Föderalismus, Gemeindeautonomie, Wahlverfahren, Konkordanz, direkte Demokratie, Milizsystem).

Diesen Aspekten gilt es Rechnung zu tragen, wenn wir uns im zweiten Teil der Vorlesung den politischen Ideen zuwenden werden. Fragen, die auftauchen werden, sind:

- Welchen Stellenwert haben politische Ideen bei den Konkurrenzparadigmatikern? Sind es vor allem die Transmissionsparadigmatiker, bei welchen die Verfolgung politischer Ziele im Vordergrund steht?

- Welche Erklärungsansätze für die Herausbildung politischer Parteien räumen politischen Ideen einen wichtigen Platz ein. Verlaufen die grossen Ideenströme entlang den klassischen Cleavages der Parteiensysteme?
- Wie geeignet sind die Schweizer Parteien politische Ideen aufzunehmen und zu verfolgen? Ist das Schweizer Mehrparteiensystem ein nahezu idealtypische Abbild der verschiedenen Ideenströmungen?

Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, dass die Parteien selbst einen beachtlichen Wandlungsprozess durchmachen. Mit der Professionalisierung der Parteiorganisationen und der zunehmenden Fragmentierung und Volatilität der Parteiensystem wurden einige dieser Aspekte bereits angesprochen. Wie aber wandelt sich das Verhältnis der Parteien zu den von ihnen propagierten Ideologien? Orientieren sich die Parteien immer stärker an politischen Alltagsfragen und vernachlässigen ihren ideologischen Überbau?

Der Wandel der Parteien und eine allfällige sich wandelnde Bedeutung politischer Ideen für die Parteien sowie deren gesellschaftlichen Ursachen werden Gegenstand des dritten Teils der Veranstaltung sein.